

27.6.93 | 10 jahre tod von wolfgang grams
glaubt den lügen der mörder nicht | 27.6.03

BEFREIUNG

als perspektive



REPRESSION

als reaktion

SOLIDARITÄT

als antwort





EDITORIAL

INHALT

Editorial

Endstation Bad Kleinen?

„so oder so“-Redaktion

Autonomer

Antifaschismus

zehn Jahre

nach Bad Kleinen?

Autonomen Antifa [M]

Göttingen

Ausgangsbedingungen

und Entstehung von

bewaffnetem Kampf

Ein Interview mit

Thomas-Andreas Vogel

§ 129 – „Ein alter Knüppel

gegen Revolutionäre“

Soligruppe

Magdeburg/Quedlinburg

§ 129b, die Erste

Zur Verhaftung

des Basken Paulo Elkoro in

Nürnberg

Für die Freiheit der

politischen Gefangenen

Rote Hilfe e.V.

Chronologie

durchlaufend unten

Adressen und Links

Zehn Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen ergreifen wir die Initiative, um an die Ereignisse des 27. Juni 1993 und den Tod von Wolfgang Grams zu erinnern und um eine Auseinandersetzung über ein Kapitel der linken, also unserer Geschichte anzustoßen.

Die an der Initiative beteiligten Gruppen betrachten Bad Kleinen und die Politik, für die Wolfgang Grams stand, aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Die Versuche nach Bad Kleinen einen breiten Diskussionsprozess innerhalb der Linken über Perspektiven und Konzepte revolutionärer Politik anzustoßen scheiterten. So wurde Bad Kleinen sinnbildlich zur Endstation der eigenen bisher praktizierten Politik. Anfang der 1990er haben sich andererseits die Jüngeren unter uns in politischen Zusammenhängen organisiert und gingen auf die Straße gegen die Hetze von Medien und Politikern gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, gegen neonazistische, zum Teil unter Mitwirkung der Bevölkerung stattgefundenen, Pogrome. In die Zeit dieser Politisierung fiel innerhalb weniger Monate der Brandschlag auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus in Solingen, bei dem zwei junge Frauen und drei Kinder starben und die faktische Abschaffung des Asylrechts ebenso wie die Knast-

sprengung von Weiterstadt und die Ereignisse in Bad Kleinen.

Durch verschiedene Gruppen und Projekte wurde auch nach 1993 die Diskussion über militante Politikansätze der 1970er und 1980er Jahre fortgeführt. Das Zeitungsprojekt „Radikal“, die Gruppe „K.O.M.I.T.E.E.“ und auch die an der heute hauptsächlich im autonomen Berlin-Info „Interim“ geführte Militanz-Debatte beteiligten Gruppen leisteten einen Beitrag zur Diskussion über die Aufarbeitung und Weiterentwicklung militanter Politik. Diese mit Praxis verbundenen Diskussionen zogen immer Repression und Ermittlungsverfahren nach §129a nach sich. Auch nach Bad Kleinen gab es jahrelange Ermittlungen gegen die radikale Linke – aufgrund des Verfassungsschutzspitzels Klaus Steinmetz, ohne den es die Ereignisse von Bad Kleinen nicht gegeben hätte. Auf die staatliche Repression ist Solidaritätsarbeit unsere Antwort. Solidarität ist eine Waffe, die wir als solche auch gebrauchen sollten.

Durch das Aufgreifen der RAF von Kulturschaffenden wurden Aspekte ihrer Politik auf Theaterbühnen, in der Musik, im Film, in der Mode und der Werbeindustrie zum Teil bis ins bürgerliche Spektrum getragen. In aktuellen Songtexten von DAF

necessary

by any means

(„Kinderzimmer“) oder der Punk-Band Wizo („RAF“) findet sich die jugendliche Faszination über die Guerilla und ihre Konsequenz mit dem bürgerlichen Leben radikal zu brechen und dies auch praktisch zum Ausdruck zu bringen. Das Leben im Untergrund wird auch im Kino aufgegriffen („Innere Sicherheit“) und den ZuschauerInnen Leben und Kampf einzelner AktivistInnen nahe gebracht („Black Box BRD“). Auch der Buchmarkt liefert immer wieder Neuerscheinungen (Proll/Dubbe: Wir kamen vom anderen Stern). Unter den in den letzten Jahren zahlreich erschienenen Büchern und Filmen befindet sich – wie kann man anderes erwarten – auch Hetze, Lüge und Dreck. Breloers „Todesspiel“ zur Schleyer-Entführung und dem Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe 1977 in Stammheim, ist da nur ein Beispiel.

Als 1997, zwanzig Jahre nach Stammheim, Staat und bürgerliche Medien ihre Version der Geschehnisse festklopfen wollten, hat sich die Linke dazu nicht ver-

halten. Unser Schweigen wollen wir mit unserer Initiative „Zehn Jahre Bad Kleinen“ brechen. Der offiziellen staatlichen Selbstmordversion zu widersprechen ist dabei nicht unser vorrangiges Anliegen. Bad Kleinen wird ohnehin in den meisten Köpfen mit staatlichen Vertuschungen, Lügen und dem Mord an Wolfgang Grams verbunden.

Bad Kleinen eignet sich auch zehn Jahre später nur eingeschränkt dazu, etwas Vorwärtsweisendes anzustoßen. Nichtsdestotrotz können wir festhalten, was die RAF in ihrer Erklärung zum Tod von Wolfgang Grams formuliert hat: „Der Kapitalismus geht immer über Leichen. Dieses System muss überwunden werden.“ Das ist eine Voraussetzung, um unserer Perspektive nach Glück und Befreiung näher zu kommen.

Unser aktuelles Flugblatt findet ihr neben anderen Infos und Publikationen auf der Web-Seite unserer Initiative;

www.badkleinen.tk

www.badkleinen.de.vu

...

Mitte April 1993, nach einer Verabredung von Birgit Hogefeld mit dem Verfassungsschutz-Spitzel Klaus Steinmetz für den 24. Juni in Bad Kleinen, begannen die Vorbereitungen für die Festnahme von Birgit Hogefeld. Innerhalb der zweimonatigen Planungszeit wurde ein gigantischer organisatorischer Apparat unter Mitwirkung von Bundesanwaltschaft, BKA, GSG9-Kräften, Bundes- und Landesamt für Verfassungsschutz aufgebaut.

Am Nachmittag des 27. Juni 1993 gingen Birgit Hogefeld, Wolfgang Grams und der V-Mann Steinmetz vom Billardcafé im Bahnhof Bad Kleinen Richtung Bahnhofsvorplatz durch die Unterführung. Birgit Hogefeld wurde dort überwältigt, Wolfgang Grams flüchtete die Treppe zu Bahnsteig 3/4 hoch und versuchte sich seiner Festnahme zu widersetzen. GSG9-Beamte verfolgten ihn. Ein mehrere Sekunden dauernder Schusswechsel beginnt. Danach liegt Wolfgang Grams auf den Gleisen. Mindestens 25 Minuten wird seine medizini-

sche Versorgung unterlassen. Er stirbt an den Folgen eines aufgesetzten Kopfschusses.

In den Monaten nach Birgit Hogefelds Verhaftung sitzt sie in Isolationshaft in Frankfurt und Bielefeld. In Haftbefehl und Anklageschrift wird ihr die Teilnahme an der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt im März 1993 sowie Mord und sechsfacher Mordversuch an GSG9-Beamten in Bad Kleinen vorgeworfen. In einem zwei Jahre dauernden Prozess wird sie Ende 1996 zu lebenslänglicher Freiheits-

ENDSTATION BAD KLEINEN?

Redaktion „so oder so“

10 Jahre nach Bad Kleinen: Haben die Ereignisse von damals überhaupt noch einen Nachhall in der Gesellschaft von heute? Oder doch alles Schnee von gestern, an dem sich niemand mehr groß reibt?

10 Jahre nach Bad Kleinen ist der Staat, die Linke und auch die gesellschaftliche Entwicklung an einem anderen Punkt. Und doch gibt es da einen Zusammenhang. Der politische und organisatorische Zerfallsprozess der revolutionären Linken, der die Staatsschutzoperation in Bad Kleinen ermöglichte, hat Konsequenzen bis heute.

Als die RAF 1998 in einer längeren Erklärung ihre Auflösung bekannt gab, überraschte das niemanden mehr. Viele hatten diesen Schritt als längst überfällig erwartet. Obwohl die RAF ein zentrales Ereignis westdeutscher Nachkriegsgeschichte war und ihre Aktionen Staat und Gesellschaft herausforderten, wurde ihre Selbstauflösung keinesfalls zum Medienereignis. Ihr Schritt bewirkte noch nicht einmal, dass die Sondergesetze und Gesetzesverschärfungen aus dem Arsenal der Terrorismusbekämpfung öffentlich in Frage gestellt wurden. Auch die Frage nach den verbliebenen Gefangenen aus der RAF war in diesem

Zusammenhang kein Thema mehr. Die Auflösungserklärung war nur noch Formsache, der Versuch das Projekt RAF, das fünf Jahre vorher in Bad Kleinen faktisch zu Ende ging, einigermaßen korrekt abzuschließen.

Die Staatsschutzoperation in Bad Kleinen war nicht einfach eine militärische Niederlage der Guerilla. Verhaftungen und Tote gab es auf Seiten der RAF auch in den Jahren davor, ohne dass dies ihre Politik grundsätzlich in Frage gestellt hätte. Anders hingegen Bad Kleinen: Die Polizeiaktion wurde erst durch den Verfassungsschutzagenten Klaus Steinmetz möglich. Seine über

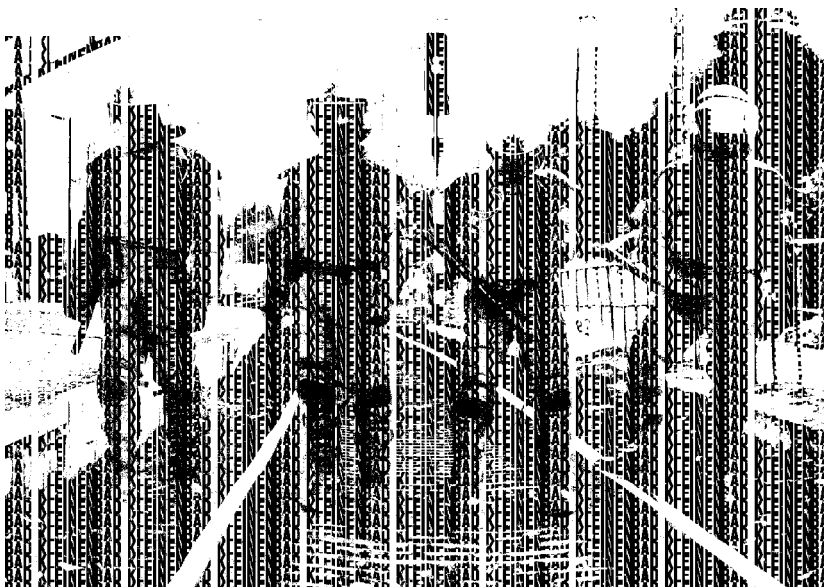
10-jährige Karriere in linksradikalen Zusammenhängen bis hin zur RAF hing unmittelbar mit dem Erosionsprozess der revolutionären Linken zusammen. Ihre politische Defensive, der Zerfall ihrer Strukturen und das Loslassen erkämpfter Kriterien waren der Boden auf dem Steinmetz gedeihen konnte. Und nicht nur für die RAF oder diejenigen die zu ihr Kontakt oder mit Steinmetz zu tun hatten, sondern für die gesamte revolutionäre Linke war Bad Kleinen ein Desaster.

Auf das Deutlichste wurde dies in der Zeit nach Bad Kleinen sichtbar. Die Zeit des großen Schweigens. Nicht nur der Staat vertuschte, auch die revolutionäre Linke verhielt sich, beschönigend ausgedrückt, abwartend. Und der Rest der Linken machte ebenfalls keine gute Figur. Obwohl schon nach ein paar Tagen offensichtlich war, dass Wolfgang Grams aus nächster Nähe erschossen und die Staatsschutzoperation über einen längeren Zeitraum und unter Einschaltung aller Repressionsapparate (GSG9, Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz) vorbereitet wurde, gab es keine Initiativen aus der Linken, die Druck auf die Verantwortlichen machten und auf Aufklärung drängten. Es waren die Medien, die verschiedene Zeu-

genaussagen zu den Todesumständen von Wolfgang Grams recherchierten und die auch als erstes von einem Agenten des Verfassungsschutzes sprachen. Man muss sich das mal vorstellen: Die gesamte Linke – egal ob revolutionär oder reformistisch – schwieg und handelte nicht, noch nicht einmal dann, als sich eine regelrechte Staatskrise abzeichnete. Der deutlichste Ausdruck davon: Innenminister Seitz trat zurück und Generalbundesanwalt von Stahl wurde entlassen.

Die Passivität der Linken erlaubte dem Staat ohne größere Widerstände seine Krise durchzustehen und sie in eine aggressive innenpolitische Offensive umzudrehen. Kanther wurde neuer Bundesinnenminister, Kohl besuchte demonstrativ die GSG9 und auf der politischen Agenda standen ab jetzt BGS-Gesetz, großer Lauschangriff und im November 1993 das so genannte PKK-Verbot.

Es gibt keine Zwangsläufigkeit in historischen Prozessen. Aber es gibt immer Gründe und Ursachen, die analysier- und diskutierbar sind. Die Krise, die zu Bad Kleinen führte, war im Wesentlichen hausgemacht. Ihr Ausgangspunkt war die Unfähigkeit einer ganzen Bewegung, ihren eigenen Aufbruch zu organisieren und politisch weiter zu ent-



straft verurteilt. Sie sitzt heute in der JVA Frankfurt/Main.

Die Bundesanwaltschaft verbreitete noch am 27. Juni 1993 eine völlig falsche Darstellung der Ereignisse und verschleierte die Ermittlungskompetenzen. Birgit Hogefeld sei aus Hinweisen aus Stasi-Akten enttarnt worden, sie habe das Feuer eröffnet und die Festnahme sei auf dem Bahnhofsvorplatz erfolgt. Danach verfügte die Bundesanwaltschaft eine 48-stündige Nachrichten-

sperre, um sich eine Version der Ereignisse zurecht legen zu können. Vier Tage später dementiert der Generalbundesanwalt Alexander von Stahl die erste Darstellung. Der Bundestagsinnenausschuss kritisierte auch in der Folgezeit die Informationspolitik des Generalbundesanwalts scharf und forderte seinen Rücktritt.

Am 6. Juli 1993 wird von Stahl in den Ruhestand entlassen.

Dass die Staatsanwaltschaft Schwerin bereits **am Abend des 27. Juni 1993** mit den Ermittlungen zum Tod von Wolfgang Grams beauftragt war, wurde ihr erst zwei Tage später klar. Die Bundesanwaltschaft hatte sich bewusst unklar ausgedrückt und – obwohl sie diese Kompetenz abgegeben hatte – die Obduktion von Wolfgang Grams angeordnet und überwacht.



wickeln. Die in den 80er Jahren innerhalb der militanten Bewegungen recht breit diskutierte und von der RAF in einem längeren Papier skizzierte Vorstellung über den Aufbau einer anti-imperialistischen Front entwickelte sich kaum über ihre ersten Versuche hinaus.

Verkürzt gesagt ging es damals um den Aufbau einer revolutionären Gegenmacht, die ihre Wurzeln in den sozialen Bedingungen und Kämpfen der Metropole hat, und die gleichzeitig mit den revolutionären Kämpfen und Befreiungsbewegungen des Trikont in einer strategischen Einheit kämpft. Und dass ein revolutionärer Durchbruch, der die weltweit festgefahrenen Kräfteverhältnisse aufsprengt, hier im imperialistischen Zentrum erkämpft werden muss. Mit allen Mitteln, so wurde es gesagt, übersetzt wurde es allerdings mit militärischen und militanten Aktionen. Der

Blick derjenigen, die sich in diesem Zusammenhang begriffen, war stark fixiert auf die imperialistischen Strategien (eine Frage damals: kommen die Herrschenden mit ihren zentralen Projekten durch) und auf den kollektiven Gruppenprozess. Eigene politische Vorstellungen oder gemeinsam bestimmte gesellschaftliche Ziele waren kaum vorhanden. Und so wie alles angelegt war, konnten sie sich auch nicht entwickeln. Die Front war eben keine Massenlinie, kein offenes Konzept und Ausdruck der vielfältigen Erfahrungen der sozialen Bewegungen, sondern doch nur die Vorfeldorganisation der RAF: Die kleine RAF als militante Zwischenstation auf dem Weg zur großen. Es wurde zwar immer anders gesagt, aber es war das, was sich letztlich durchsetzte. Die Sackgasse war schnell erreicht. Die Kehrseite der militaristischen Praxis waren politische Stagnation

und schleichende Entpolitisierung.

Das Projekt Front zerfiel ohne kollektive Klärung und Aufarbeitung, was zwangsläufig der Individualisierung den Weg bereitete. Diejenigen, die wie kaum eine andere linke Gruppe für sich beanspruchten, selbstbestimmt handelnde Subjekte zu sein, waren ab Mitte/Ende der 80er Jahre immer stärker Getriebene des globalen Umbruchs. Die letzten Aktionen der RAF drückten das genau aus. Sie reagierte nur noch auf eine Entwicklung, die sie politisch nicht mehr in Händen hielt und auch nicht mehr beeinflussen konnte. Die Niederlage wäre angesichts des weltweiten Kippens der Kräfteverhältnisse so oder so gekommen. Aber es ist dann immer noch eine Frage wie man ihr begegnet. Dort beginnt die Selbstverantwortung: Egal ob RAF oder wer auch immer.

Dennoch, was bleibt ist die RAF. Ihre politische Wirkung reicht bis in die Gegenwart. Als Mythos, als Albtraum, je nach dem, denn die RAF war immer auch Hoffnung unerfüllter und oft genug unerfüllbarer revolutionärer Sehnsüchte und genauso oft Bedrohung der eigenen, auch der linken, Lebensweise in den Metropolen. Und sie existiert real, 10 Jahre nach ihrem Ende: Auf der Flucht, hinter Gittern, in den Biographien derjenigen, die in ihr oder mit ihr zusammen kämpften. Die RAF war kein Phantom. Dem Staat war das immer bewusst. Und – bisweilen uneingestanden – auch der Linken. Selbst in den Medienberichten zu den runden Jahrezahlen des „Deutschen Herbstes“ schimmert das staatliche Zwangsritual durch: Immer und immer wieder die eigene Version der Geschichte zu schreiben. Die Version der Sieger, die

ihrer Sieg nicht trauen und so die Gespenster der Vergangenheit erneut besiegen müssen.

Die RAF hatte ihre Herkunft aus der 68er-Bewegung nie verleugnet. Europaweit und in den USA gab es Massendemonstrationen, Barrikaden, Streiks und das herrschende System wurde immer mehr in Frage gestellt. Das entscheidende Ereignis aber jener Zeit war Vietnam. Der vietnamesische Befreiungskampf legte die Lunte an die Proteste. Er hatte für die Linke in den Metropolen den „Bereich des Möglichen“, wie es Sartre einmal formulierte, erweitert. Auf dieses Spannungsverhältnis waren die Gefangenen aus der RAF, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe, in ihrer Erklärung zur Sache im großen Stammheimer Prozess eingegangen: „Hinter der Studentenbewegung stand die proletarische Politik des vietnamesischen Befreiungskriegs, des Aufstands der Völker der Dritten Welt – aber weil die Studentenbewegung in ihrer Revolte sich der Dimension ihres Aufbruchs und ihrer eigenen Proletarisierung nicht bewusst wurde, musste die Unmittelbarkeit der staatlichen Counterbewegung in der Einheit von Repression und Integration schließlich das Bewusstsein des Zusammenhangs des Kampfes, hier mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt, zerstören und die revolutionäre Stellung der Massenbewegung zerfallen lassen – nicht mehr die proletarische Politik hinter ihr, sondern die Konfrontation mit der sozialdemokratischen Politik bestimmte ihre Stellung und führte zum Verlust ihrer Subjektivität.“

Dieses Verständnis von Internationalismus und Subjektivität war in der RAF



Das Bundeskriminalamt (BKA) vernichtete in den ersten Stunden nach dem Tod von Wolfgang Grams unter Missachtung der Zuständigkeiten die wichtigsten Spuren. Wolfgang Grams Hände wurden außerordentlich gründlich abgeschrubbt, Grams Waffe beschossen, ohne sie vorher auf Spuren zu untersuchen. Die Aussage der Kioskverkäuferin Johanna Baron wurde verheimlicht, ebenso das Obduktionsergebnis „aufgesetzter Kopfschuss“. BKA-Präsident Zachert trat erst eine Woche nach den Ereignissen in Bad

Kleinen selbst an die Presse, sagte dabei die Unwahrheit über inzwischen durch Medienberichte an die Öffentlichkeit gelangte Zeugen und verschwieg weitere.

Trotz ausreichend vorhandener Vorbereitungszeit sowie eines BKA-Doku-Trupps vor Ort gab es angeblich keine Videoaufzeichnungen der Ereignisse am 27. Juni. Lediglich ein GSG9-Beamter hatte 30 Minuten nach dem Schusswechsel „privat“ Aufnahmen gemacht, die erst neun Tage

später, gekürzt, im BKA eingingen. Außerdem machte ein Hubschrauberpilot private Fotoaufnahmen. Was auf 8 der 24 seiner Negative zu sehen war, ist bis heute öffentlich nicht bekannt geworden.

Der BKA-Vize sowie ein Abteilungsleiter im BKA nahmen die Verantwortung der Pannen auf sich und wurden im September versetzt. Der Leiter der Polizei-Abteilung im Innenministerium wurde in den Ruhestand geschickt. Die Versetzungen kamen einer Beförderung gleich. Auch Innenminister Seiters trat nach einer

grundlegend. Ohne die bewusste Verbindung mit den antikolonialen und antiimperialistischen Kämpfen des Südens war eine Revolutionierung der Metropolenverhältnisse nicht denkbar. Nicht die unmittelbare Realität der Metropole/BRD war Ausgangspunkt revolutionären Denken und Handelns, sondern die Totalität des imperialistischen Weltsystems. Diese neue Perspektive versuchte die RAF in ihrer Offensive 1972 zu eröffnen. Mit den militärischen Aktionen gegen die Hauptquartiere der US-Army in Frankfurt und Heidelberg, die direkt in die Kriegsführung der USA in Vietnam eingebunden waren; mit den Aktionen gegen Polizeieinrichtungen in München und Augsburg, den Angriffen auf den BGH-Richter Buddenberg, der damalige Verantwortliche für die Haftbedingungen der nach § 129 inhaftierten Genossinnen und Genossen, und mit dem Sprengstoffanschlag auf das Springerhochhaus in Hamburg stand die RAF quer zum Politikverständnis der alten wie der neuen Linken.

Den Widerstand politisch und militärisch bewaffnen und durch die Entwicklung einer Offensivposition in den Metropolen das internationale Kräfteverhältnis verändern. Gegen die Verstaatlichung und Umzingelung der Kämpfe und gegen die sich abzeichnende Befriedung. Die Alternativen dazu waren Sektierertum oder Integration. Die aus der 68er-Revolution neu entstandene Linke war dabei sich in vielfältige Grüppchen und Parteien zu zersplittern. Den Plan im Sack, ideologisch verkümmert und im Kostüm der alten KPD war für viele ausgemacht wohin die Reise

gehen sollte. Im Angebot waren die Sowjetunion, China, oder Albanien, während ein anderer Teil sich ganz vom politischen Aktivismus verabschiedete. Es war die Zeit von Willy Brandt und dem sozialdemokratischen Projekt „Mehr Demokratie wagen“.

Der Name „Rote Armee Fraktion“ war Programm. Mit ihr wurde der abgerissene Faden revolutionärer Politik, wie sie noch im Spartakusbund und der frühen KPD lebendig war, wieder aufgenommen. Statt sich in der Defensive und damit auch in den Verhältnissen einzurichten, wurde die Revolution auf die Tagesordnung gesetzt: Nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern hier und heute, bewaffnet und illegal. Das war, wenn man so will, auch eine historische Konsequenz aus der Niederlage der KPD von 1933 und der Tatsache, dass es in zwölf Jahren faschistischer Diktatur und der über Europa hinwegrollenden Vernichtungsmaschinerie niemals eine innere Front gegen den Nazismus gab, die ein Bündnispartner der Roten Armee oder den sich in allen von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern organisierenden Partisanenverbänden hätte sein können.

Die RAF war von allen diskutierten Optionen vielleicht der realistischste Versuch einer Transformation der 68er Revolte. Dennoch blieb die RAF zahlenmäßig immer eine kleine Gruppe, die ein bestimmtes Niveau an Handlungsfähigkeit und Organisation halten oder auch nach größeren Verhaftungen wie 1972 oder 1984 wieder erreichen konnte. War sie in den 70er Jahren vom Rest der Linken weitgehend isoliert

Auf den Tod eines Kämpfers für den Frieden

Wir trauern über den Tod unseres Genossen Wolfgang Grams auf den Gleisen des Bahnhofs von Bad Kleinen am 27. Juni 1993



Der sich nicht ergeben hat ist erschlagen worden. Der erschlagen wurde hat sich nicht ergeben.

Der Mund des Warners ist mit Erde zugestopft. Das Blutige Abenteuer beginnt. Über das Grab des Friedensfreundes stampfen die Bataillone.

War der Kampf also vergebens?

Wenn, der nicht allein gekämpft hat, erschlagen ist hat der Feind noch nicht gesiegt.

Bertolt Brecht



Rote Hilfe e.V. | Bundesvorstand | Postfach 3255 | 37022 Göttingen

Woche als politisch Verantwortlicher zurück. Er konnte den Medien gegenüber nicht länger seine Hilflosigkeit und Unwissenheit sowie die öffentlich gewordenen Skandale rechtfertigen. Jahre später sagt er, dass dieser Schritt rückblickend nicht nötig gewesen sei. Auf Intervention seines Nachfolgers Manfred Kanther hielt die Staatsanwaltschaft Schwerin die Ermittlungsakten gegenüber den Anwälten der Eltern Grams zurück.

Die GSG 9 verlor nicht nur ein Mitglied, sondern auch den Ruf einer exzellenten Eliteeinheit. Der GSG9-Beamte Newrzella wurde am 27.06.1993 unter ungeklärten Umständen erschossen. Einiges spricht dafür, dass er in eine Falle lief, die Wolfgang Grams galt. Die GSG9 präparierte ihre Beamten für anstehende Zeugenaussagen. Absprachen in ihren Aussagen sowie gezieltes Verschweigen, Vertuschen und Falschaussagen wurden offensichtlich. Schließlich deckten sie womöglich einen Mörder. Die GSG9-Beamten verstrickten

sich mehr und mehr in Widersprüche, doch aufgrund ihrer Anonymisierung war es nicht nachvollziehbar, wer über wen gesprochen hatte und damit unmöglich Widersprüche zu klären. Anfang Juni forderten Bundestagsabgeordnete die Auflösung der GSG9, im August stellt auch SPD-Vorsitzender Scharping die Auflösung zur Debatte.

Unpräzise und mit wenig Nachdruck wurde die Beschlagnahmung der Bekleidung der GSG9-Beamten durch die Staatsanwaltschaft Schwerin angeordnet. Erst neun Tage später



IN BEWEGUNG BLEIBEN

Autonome Antifa [M] Göttingen

BRD, frühe 90er Jahre: Die kapitalistische Welt feiert den Sieg über den Realsozialismus. Bürgerliche Ideologen verkünden das „Ende der Geschichte“ und lassen die längst begraben geglaubte Totalitarismusthese – „Kommunismus = roter Faschismus“ – wiederauferstehen, während in der Realität der Neonazis täglich mit rassistischen Morden und Angriffen die Schlagzeilen füllen.

Finstere Zeiten also für die Linke. Ihr bleibt we-

nig mehr als der Abwehrkampf gegen Nazis und die reaktionäre gesellschaftliche Entwicklung. Versuche, wieder in die Offensive zu gehen, scheitern letztendlich. Zwar sorgt die RAF mit der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt für Jubel in der radikalen Linken, und ihre Signale, auf die Bewegung jenseits des Untergrunds zugehen zu wollen, stoßen auf durchaus positive Resonanz, weshalb die Verfolgungsbehörden „Blutzu-fuhr von Antifaschisten“ für die RAF befürchten.

Doch der Staat holt zum Gegenschlag aus: 1993 wird in Bad Kleinen faktisch das Ende von zwei Jahrzehnten bewaffnetem Kampf in der BRD eingeläutet. Der „Sympathisantensumpf“ soll

dann 1994 mit dem §129/129a-Verfahren gegen die Autonome Antifa [M] und 1995 gegen die Zeitung „radikal“ trockengelegt werden. Für manche, die sich in den Auseinandersetzungen und Kämpfen der 80er politisiert haben, scheint mit Bad Kleinen nicht nur der bewaffnete Kampf, sondern die gesamte radikale Linke am Ende.

Durch die Wüste

In diese Phase fiel die Debatte um die Organisation der verbliebenen autonomen Bewegung, die 1992 in der Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) mündete. Schon in den

späten 80ern hatten Teile der Autonomen den Bereich „Antifa“ als Politik- und Politisierungsansatz aufgegriffen. Auch kritisierten sie, dass die „klassische“ autonome Bewegung mit ihrem spontaneistischen Vorgehen und ihrer Nischenpolitik in eine Sackgasse geraten war und den gesamtgesellschaftlichen Angriff auf alles, was noch Kapitalismuskritik zu üben wagte, nicht überstehen würde. Zur Überwindung dieser Schwächen wurde der Versuch unternommen, dem durch organisatorische und inhaltliche Verbindlichkeit, bundesweite Zusammenarbeit und gesellschaftliche Vermittlung zu begegnen.

Trotz massiver Kritik, die der Bewegung von Anfang an aus den eigenen staatsfeindlichen Reihen entgegenschlug – die Vorwürfe reichten von „Stalinismus“ bis „Reformismus“ – wurde das „Konzept Antifa“ zur prägenden Bewegung der 90er. Einerseits hatte sie richtig eingeschätzt, dass die konkrete Auseinandersetzung mit Neonazis nicht nur ein vorrangiges Problem der Linken werden würde, sondern auch ein Punkt, an dem sich viele neu politisieren würden. Zum anderen wurde Antifa-Politik nie als Ein-Punkt-Bewegung gegen Nazis verstanden, sondern als Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse, die

Autonomer Antifaschismus zehn Jahre nach Bad Kleinen – eine Bestandsaufnahme



gab die GSG9 fast ausschließlich gereinigte Kleidungsstücke ab, und diese nicht vollständig.

Während die Verteidiger der (am Mord an Wolfgang Grams) beschuldigten GSG9-Beamten im September 1993 umfassend Akteneinsicht gewährt bekamen, wurde dem Anwalt der Eltern von Wolfgang Grams erst dann Akteneinsicht ermöglicht, als das Verfahren gegen die GSG9-Beamten eingestellt war, am 14. Januar 1994.

Die eingesetzten Waffen und Magazine wurden nicht komplett sichergestellt und untersucht, noch nicht einmal ihre genaue Anzahl ermittelt. Eine benutzte Waffe der GSG9 traf erst sechs Tage später beim BKA ein, eine von Zeugen gesehene Maschinenpistole scheint es nie gegeben zu haben.

Zwei bzw. fünf Tage nach dem Schusswechsel werden ein Projektil bzw. eine Hülse auf dem Gleis gefunden. Daraufhin korrigiert die GSG9 die von ihr bekannt gegebene

Anzahl abgegebener Schüsse. Zwei der offiziell verschossenen Patronenhülsen wurden nie gefunden.

Die Waffe von Wolfgang Grams wurde ihm mit Gewalt entwunden („Entwindungsgriff“), stellten sowohl der Erstobduzent der Staatsanwaltschaft Schwerin, als auch weitere Gutachter aufgrund der Hautabschürfung an Wolfgang Grams Hand widerspruchsfrei fest. Fingerabdrücke konnten jedoch an dieser Waffe nicht nachgewiesen werden, obwohl

den Faschismus hervorbringen – und die an sich schon mörderisch genug sind. Die Bezugnahme auf den Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung der Wurzeln des Faschismus ist unser Ziel“, und die damals verbreitete Parole „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System“ drücken den Zusammenhang zwischen konkreter Anti-Nazi-Mobilisierung und revolutionärer Politik und Geschichte aus. Dementsprechend war internationalistische und antiimperialistische Politik ein selbstverständlicher Teil der eigenen Praxis.

Der Staatsschutzangriff von Bad Kleinen, der das faktische Ende der RAF bedeutete, fiel in die Zeit eines innerlinken Generationswechsels. Daraus erklärt sich, dass Teile der Politgeneration, die mit einer autonomen Massenbewegung, Straßenkampf, Kommandomilitanz und der Stadtguerilla als untrennbarem Bestandteil der radikalen Linken aufgewachsen war, anhand deren Scheitern die endgültige Niederlage der revolutionären Linken konstatierte.

Für die Antifa-Bewegung stellt sich dies etwas anders dar. Sie war schon unter der Voraussetzung angetreten, auch unter schweren Bedingungen eine radikale Praxis aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, neu aufzubauen. Für viele, die sich in dieser Zeit politisierten, war der Staatsschutzangriff von Bad Kleinen ein Ereignis, an dem sich entschied, auf welcher Seite der Barrikade man stand. Die Positionierung fiel deutlich aus: Trotz vorhandener Kritik an der militärischen Strategie oder einzelnen Aktionen der bewaffneten Gruppen sah man sie als legitimen Teil der radikalen Linken, und der Schlag gegen die RAF wurde als Angriff gegen die linke Systemopposition insgesamt begriffen.

Dieses kritisch-solidarische Verhältnis und ein grundsätzliches Verständnis von Militanz als Komponente des politischen Kampfs stellen eine Grundkonstante im Selbstverständnis der Antifa dar. Dies ist zum einen auf die Kontinuität der Bewegung zurückzuführen,

zum anderen auf die konkrete Praxis: Wer sich im Kampf gegen Nazis politisiert, stellt schnell fest, dass Lichterketten kein probates Mittel gegen die faschistische Brutalität darstellen, und auch die militante Konfrontation mit dem Staat liegt dann nicht fern: Sei es in der Erfahrung, dass in diesen Jahren die Nazis als Wegbereiter der staatlichen rassistischen Politik fungierten, sei es in Auseinandersetzungen der Polizei, die das Gewaltmonopol des Staates aufrechterhalten sollen. Dies hat dazu geführt, dass in der Autonomen Antifa, im Gegensatz zu anderen Politikfeldern wie etwa der Anti-Atom-Bewegung, nicht alle Jahre wieder die „Gewalt“-Diskussion geführt werden muss.

Die Auflösung der Stadtguerilla war für die Antifa-Bewegung nicht das Ende linksradikaler Politik, denn im Vordergrund stand die eigene Praxis: Das Eingreifen in aktuelle Konflikte und die Schaffung einer Öffentlichkeit für linke Positionen. Der bewaffnete Kampf war dabei ein Bezugspunkt

unter vielen, wenn auch ein wichtiger. Der Versuch, in eine Diskussion mit dessen ProtagonistInnen zu treten, die nicht den staatlich geforderten Abschwörungseid geleistet haben, erwies sich jedoch als schwierig. Nur wenige derer, die die staatliche Killfahndung überlebt haben, waren gewillt oder in der Lage, auf die heutige Linke zuzugehen. Gerade die RAF hatte schon allzulange abgetrennt von der Dynamik der Straße agiert, und auch die zerstörenden Auswirkungen jahre- bis jahrzehntelanger Isolationsfolter kamen zum Tragen. Und nicht zuletzt fühlte sich der Staat auf den Plan gerufen: Unter anderem ein Plakat mit der Parole „Zusammen gehört uns die Zukunft“, auf dem die Initiative „Kunst und Kampf“ den „Schwarzen Block“ vor der Weiterstädter Bau ruine demonstrieren ließ, veranlasste eifrige Staatsanwälte, nach §129a – „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ – gegen die Autonome Antifa [M] zu ermitteln.

Das Verfahren gegen 17 Angeklagte, das der

Gruppe jahrelange Antirepressionsarbeit als Schwerpunkt aufzwang, machte einmal mehr die Funktion der Gesinnungs- und Durchleuchtungsparagrafen 129, 129a und nun auch 129b deutlich, die einem ideologischen Kontaktsperregesetz gleichkommen. Wie häufig in solchen Fällen, blieb von den ursprünglichen Anklagepunkten nicht viel übrig, so dass das Verfahren schließlich gegen Auflagen eingestellt wurde. Das primäre Ziel des Staatsschutzes, Einblick in linke Zusammenhänge zu gewinnen und demonstrativ den Kriminalisierungsknüppel zu schwingen, war jedoch erreicht worden.

Dies sollte zwar vorsichtig machen, aber niemanden davon abhalten, sich mit der Frage des bewaffneten Kampfs auseinanderzusetzen und andere Schlüsse als die staatlich erwünschten zu ziehen – solange es linken Widerstand gegen die kapitalistische Ordnung gibt, wird er sich mit der Repression konfrontiert sehen. Dass der Staat dafür keine Stadt-

jW-Aktion!

Als Geschenk erhalten Sie:

Kriegsfiabel
Brecht's beeindruckendes Antriegsbuch, dessen Erstausgabe 1955 im Eulenspiegel Verlag erschien, hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Die originalgetreue Reproduktion des Bandes ist nun noch um zahlreiche Fotozitate ergänzt worden.

Ja, ich abonniere die Tageszeitung junge Welt

<input type="checkbox"/> Dafür erhalte ich die Kriegsfiabel	<input type="checkbox"/> jährlich (5 % Rabatt) per <input type="checkbox"/> Einzugsermächtigung	<input type="checkbox"/> Ich verschenke das Abo – bitte an folgende Adresse liefern:
Name/Vorname	<input type="checkbox"/> Rechnungslegung	Name/Vorname
Telefon	Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:	Telefon
Straße/Nr.	Geldinstitut	Straße/Nr.
PLZ/Ort	Bankleitzahl	PLZ/Ort
Ich bestelle das	Kontonummer	Den Coupon schicke ich an: Verlag B. Mei GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.
<input type="checkbox"/> Normalabo (mit 25,80 Euro),	Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vom angegebenen Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.	
<input type="checkbox"/> Solidaritätsabo (mit 33,90 Euro),		
<input type="checkbox"/> Spezialabo (mit 18,40 Euro).	Datum/Unterschrift	
Ich bezahle mein Abo		
<input type="checkbox"/> monatlich (nur mit Bankauszug),		
<input type="checkbox"/> vierteljährlich (3 % Rabatt),		
<input type="checkbox"/> halbjährlich (4 % Rabatt).		

weder Wolfgang Grams noch die GSG9-Beamten Handschuhe getragen haben.

Die Tatzeugen wurden am 27.06.1993 von den anwesenden Beamten nicht vollständig erfasst, einer wurde sogar bedroht: er sei ein toter Mann, wenn er sich äußere. Es waren jedenfalls mehr zivile Personen anwesend, als später als Zeugen aufgeführt wurden. Die wichtigste, weil einzig bekannte Zeugin, Kioskverkäuferin Johanna Baron, hat trotz öffentlicher Anfeindungen über sechs Wochen

und fünf Vernehmungen im Kern immer die gleiche Aussage gemacht, die eine Ermordung von Wolfgang Grams nahelegt. Barons Aussage wurde erst vier Tage später durch Recherchen der Fernsehsendung „Monitor“ öffentlich bekannt. Zwei weitere zivile Zeugen bestätigten in wesentlichen Punkten die Aussage Barons. Beim Nachrichtenmagazin Spiegel meldete sich ein Zeuge, der als Beamter am Einsatz beteiligt war, und sagt aus: Wolfgang Grams sei gesichert und bewegungsunfähig gewesen und ein GSG9-Beamter

habe den tödlichen Schuss abgefeuert. Aussagen anderer Zeugen, sofern überhaupt vernommen, änderten sich von Aussage zu Aussage und passten schließlich ins offizielle Bild der StA.

Die Staatsanwaltschaft (StA) Schwerin demonierte mit falschen Gutachten echte Zeugen und unterließ sich aufdrängende Ermittlungsmaßnahmen. Noch am 5. Juli konnte die StA „ausschließen, dass Herr Grams sich selbst getötet hat“ und zog Rückschlüsse auf



guerilla als Anlass braucht, zeigt ein weiteres „Jubiläum“ des Jahres 2003: Vor 125 Jahren wurde der § 129 unter der Bezeichnung „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie“ erstmals ins Strafgesetzbuch aufgenommen – besser bekannt als „Sozialistengesetz“.

> In die Zwischenzeit

Auch die Antifa-Bewegung blieb nicht vom fortgesetzten Niedergang der Linken in der zweiten Hälfte der 90er verschont. Während zwanzig Jahre nach den „Stammheimer Selbstmorden“ die öffentliche Festschreibung der staatlichen Geschichtsversion inszeniert wurde und ungefähr zeitgleich verschiedene RZs sowie die RAF ihre Auflösung bekanntgaben, war die radikale Linke mit ihrer eigenen Selbst-Dekonstruktion beschäftigt und nicht in der Lage, gesellschaftlich wahrnehmbar zu reagieren. „Unfähig, oder die Bedeutung von

dem, was ihr gerade angetan wird, nicht erkennend, läßt sich die Linke einen Teil ihrer eigenen Geschichte nehmen“, befand die antifaschistische Zeitung „EinSatz!“ im November 1997. Stattdessen hatte die radikale Linke mit resignativen Tendenzen zu kämpfen, deren unausgesprochene Devise „Wer nichts macht, kann auch nichts verkehrt machen“ sich auch in der Abwicklung des bewaffneten Kampfs zu bestätigen schien.

Diese Perspektivlosigkeit kam nicht von ungefähr. Hatte in den frühen 90ern der „rechte Vormarsch“ von Faschisten, Vertriebenenverbänden, Burschenschaften und anderen reaktionären Kräften seinen Ausgang genommen, begannen nun große Teile der 68er-Generation mit der Abwicklung der eigenen Geschichte und revolutionärer Politik generell. Schließlich standen einige ihrer VertreterInnen kurz vor dem Ziel ihres Marschs durch die Institutionen und mußten sich

glaubhaft von ihrer Vergangenheit als Straßenkämpfer, RAF-Anwälte oder KB-AktivistInnen distanzieren. Die Definitionsmacht über „linke“ Politik lag fortan in den Händen der Regierung: Zivilgesellschaftliche Befriedungskonzepte statt Militanz, humanitäre Kriege und ein starker Staat als Antifa sollten linker Systemopposition die Grundlage nehmen.

In diese Zeit fällt die Auflösung der AA/BO im Frühjahr 2001. Das Ende der bundesweiten Organisation ist jedoch keinesfalls mit dem Ende des „Antifa“-Konzepts gleichzusetzen. Noch immer erweisen sich diejenigen Gruppen als die handlungsfähigsten, die kontinuierlich in verschiedenen linken Themenbereichen aktiv sind, und die versuchen, in gesellschaftlich relevante Konflikte einzugreifen. Auch der Organisationsgedanke spielt zumindest in regionalen Vernetzungen weiterhin eine Rolle. Der Ansatz „Antifa“ besitzt also noch immer genug praktische Substanz, um auch auf Jüngere attraktiv zu wirken und zu deren Politisierung beizutragen.

Somit ist inzwischen auch in der Antifa eine neue linke Generation herangewachsen, deren erster Zugang zu RAF, Bewegung 2.Juni & Co. nicht durch deren Aktionen oder durch innerlinke Streitigkeiten über nunmehr historische Details erfolgt, sondern auf kultureller Ebene. Zwar sind dort explizit politische Statements wie Jan Delays „Söhne Stammheims“ eher selten, dominierender ist die unpolitische Darstellung von Baader, Meinhof & Co. als Pop-Ikonen. Dies kann jedoch durchaus das Interesse we-

cken, sich auch mit den politischen Hintergründen des bewaffneten Kampfs zu befassen.

Auch die eigenen Erfahrungen führen zu einer anderen Herangehensweise an radikale Politik. Mit der „Antiglobalisierungs“-bewegung haben sich neue gesellschaftliche Spielräume für Kapitalismuskritik aufgetan, und der „Summer of resistance“ war eine Art Schnelkurs über die (potentielle) Stärke eines militanten Antikapitalismus wie auch die reale Schwäche der unorganisierten Bewegung, mit der staatlichen Repression umzugehen.

Problematisch war hier das mangelnde Bewusstsein darüber, dass die Herausforderung des Systems eine ernste Sache ist und tödliche Folgen oder zumindest längere Knastaufenthalte nach sich ziehen kann. Es folgte das übliche Reaktionsmuster auf den staatlichen Gegenschlag: Rückzug und Distanzierung der einen, Radikalisierung der anderen. Eine politische Auseinandersetzung darüber wurde zwar angestoßen, die Anschläge vom 11. September und die Neue Weltkriegsordnung stellten die Linke aber erst einmal vor andere Probleme. Erst kürzlich haben Massenproteste als auch die Zerlegung der Innenstädte von Genf und Lausanne anlässlich des G8-Gipfels jedoch gezeigt, dass der Widerstand gegen die globale Wirtschaftsordnung zäher ist, als die Polizei erlaubt.

> Bis zum Ende der Gewalt

Die aktuelle politische Situation bietet genug Anlass zum Widerstand: Globaler Kriegszustand, die weltweite kapitalistische

Offensive und der Ausbau des Hochsicherheitsstaats scheinen endgültig nur die Alternative offenzulassen: „Sozialismus oder Barbarei“. Die Linke ist zugegebenermaßen nicht in der besten Position, um dieser Herausforderung zu begegnen. Es wäre aber zu kurz gegriffen, daran allein den gesellschaftlichen Umständen die Schuld zu geben. Die radikale Linke selbst hat die Wahl, ihre marginale Rolle zum Programm zu erklären und sich in antipolitische Diskussionszirkel zurückziehen, oder den Versuch zu unternehmen, gesellschaftliche Relevanz wiederzuerlangen. Dies hängt nicht von der Existenz oder Nichtexistenz einer Stadguerilla ab, sondern von der eigenen Aktivität. Ein bewaffneter Arm einer Bewegung macht eben nur dann Sinn, wenn überhaupt ausreichend Bewegung vorhanden ist – wovon momentan keine Rede sein kann. Ob dies für immer so bleiben wird, liegt nicht zuletzt an der revolutionären Linken selbst.

„So lange das Herz der Bestie schlägt und jeden Tag aufs Neue kapitalistische Barbarei produziert, so lange wird es auch den Kampf um Befreiung geben. Die Mittel dazu wird sich die Linke nicht von ihren Gegnern diktieren lassen“, schrieb die „EinSatz!“ zur Auflösung der RAF 1998. Dem ist nichts hinzuzufügen. ...

Stammheim 1977. Diese Courage wurde der StA schnell ausgetrieben. Schon bald arbeitete sie gründlich am Abschluss der Verdunkelung der Todesumstände von Wolfgang Grams. Die StA beschwerte sich im Nachhinein mit deutlicher Kritik über die „wenig hilfreiche“ Politik des BKA. Der mit den Ermittlungen beauftragte Staatsanwaltschaft (StA) Schwerin wurde beispielsweise erst 15 Tage nach dem Einsatz mitgeteilt, wie viele Kräfte wo eingesetzt waren. Diese Auflistung war zudem lückenhaft. Des weiteren mußte sie immer wieder mehrmals nachfragen, um Informationen von BKA und Bundesanwaltschaft (BAW) zu

erhalten. Mit dieser Beschwerde über andere Behörden verschweigt sie jedoch, dass sie selbst - beispielsweise bei Vernehmungen der GSG9-Beamten - nur sehr oberflächlich vorging, bei Widersprüchen nicht nachfragte, nicht alle am Einsatz beteiligten GSG9- und BKA-Beamten, auch nicht alle zivilen Zeugen und das Rettungspersonal, befragte. Die StA verweigerte sich auch der Forderung von den Anwälten der Eltern Grams, mit der Zeugin Baron und den GSG9-Beamten eine Gegenüberstellung oder zumindest eine Lichtbildvorlage durchzuführen. Baron hatte das Gesicht eines Beamten gesehen, der auf Grams schoss.



INTERVIEW: A.T. VOGEL

„Wir haben die theoretische und praktische Ablehnung des Bestehenden erweitert.“
Guerrillaerfahrung und Widersprüche im globalen Klassenkampf.

Redaktion: *Wer eine Geschichte erzählen will, braucht einen Anfang und platziert sich damit in einem Geflecht von Geschichten und einem Gewirr von Stimmen, die durcheinanderreden und sich dabei oft widersprechen. Du wirst von der Geschichte der Stadtguerilla in Deutschland sprechen: Womit willst Du anfangen und wem wirst Du widersprechen?*

Andreas-Thomas Vogel: Ich wähle nicht einen, sondern zwei Anfänge. Der erste führt in die Jahre nach 1968 und damit in die Zeit zurück, in der die Stadtguerilla entstand. Der zweite liegt weit vor dieser Zeit und ist trotzdem nicht weniger wichtig. Um mit dem zweiten anzufangen: am Beginn unseres bewaffneten Kampfes steht die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und der Niederlage der KPD. Das war es, was einer Linken in Deutschland nie wieder passieren sollte: dass die größte kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion im Grunde in einer Nacht abgeräumt wird. Zehntausend Kader wurden verhaftet und damit der notwendige unmittelbare Widerstand gebrochen. Drei Millionen Mitglieder warteten im Augenblick der Gefahr auf das Signal aus Berlin oder Moskau zum bewaffneten Aufstand, das niemals kam. Deshalb stellten wir die Frage der Gegenmacht schon beim ersten Auftreten, mit der Herausbildung einer kämpfenden Organisation, die uns von Anfang an die Möglichkeit selbständigen Handelns eröffnen sollte. Im Gegensatz zu dem, was heute über uns und überhaupt über die Neue Linke erzählt wird, bestimmten wir die Form und die Mittel unseres Kampfes also gerade aus der Reflexion auf den Faschismus. Unser

Schluss trennte uns von DKP, SDAJ und den K-Gruppen, die allein positiv an die Politik der historischen KPD anknüpften. Bei mir beruhte das auf persönlicher Erfahrung, weil ich aus der Gründungsphase der SDAJ Ende der 60er Jahre kam.

Die Reflexion auf den Faschismus bei Teilen der heutigen Antifa und erst recht bei den Antideutschen führt zu einer völlig ahistorischen Übertragung der damaligen Konstellation auf die Gegenwart. Wir dagegen bestimmten, und das war unser zweiter Ausgangspunkt, vom Faschismus aus den spezifischen Unterschied der damaligen Situation. Und die war durch die internationale Dimension der Revolten bestimmt, die uns mit den Kämpfen des Südens, aber auch mit denen im sog. sozialistischen Lager verband, z. B. den Kämpfen in Polen 1970. Das war eine absolut neue Situation, und erst in der Verbindung der Konsequenzen, die wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zogen, mit den so noch nie da gewesenen Möglichkeiten der Gegenwart entstand unser eigener Prozess. Das ergibt sich erst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, nach 1968 also. Aber wir kämpften auch gegen die postfaschistische Zurechtweisung Westdeutschlands, gegen die Meister in den Betrieben, den autoritären Schul- und Unibetrieb... Wäre 1968 nur eine Studentenbewegung gewesen, wären die Umbrüche nicht in jeder Fabrik, jeder Schule, letztlich jedem Dorf spürbar geworden.

Die Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungskämpfen war auch vor euch schon wichtig. Worin bestand das Neue etwa

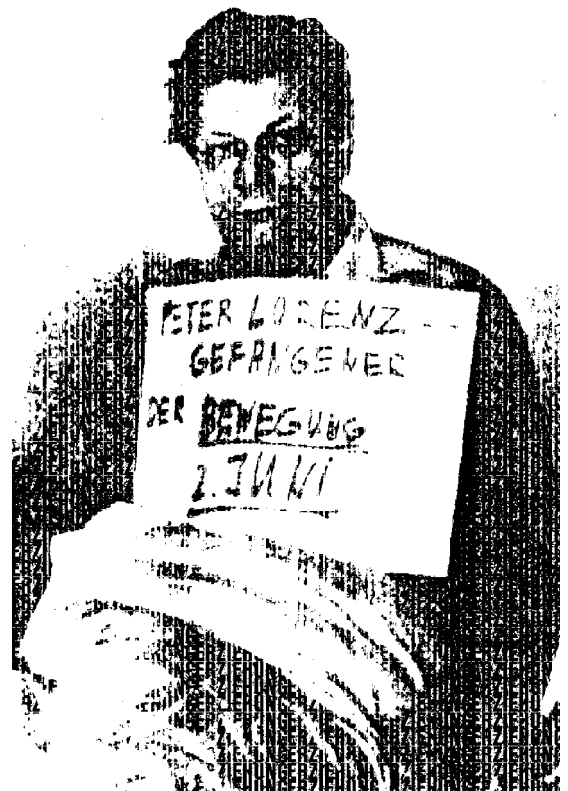
gegenüber der Algerien-solidarität Anfang der 60er Jahre?

Das Neue lag darin, dass es um mehr als nur um Solidarität, sondern um einen gemeinsamen Kampf ging. Man betrachtet die antikolonialen Befreiungskämpfe heute als eine Art Anachronismus, als von im Grunde bürgerlichen Bewegungen unternommenen Versuch einer nationalen Befreiung im strikten Sinn des Worts. Aber das war für uns gar nicht der Punkt, da gab es auch wenig Illusionen. Entscheidend war, dass die antiimperialistischen Kämpfe innerhalb eines real internationalen Kampfes geführt wurden, der auch und gerade in den Metropolen zu entscheiden war. Das war der Sinn der Formel von der „Einkreisung der Städte durch die Dörfer im Weltmaßstab“

(Lin Biao), in der sich der politische Einsatz einer Linken verdichtete, die sich spontan, aber auch organisiert weltweit aufeinander bezog: Wir kämpfen hier, andere in Vietnam oder Lateinamerika, gemeinsam kämpfen wir gegen den selben Feind und erst der Zusammenhang entscheidet, was damit möglich wird. Im Blick zurück hängt alles davon ab, ob man von diesem Einsatz und damit von der historischen Perspektive der Beteiligten ausgeht oder nur von dem, was tatsächlich erreicht wurde. In diesem Fall schreibt man zwangsläufig die Geschichte der Sieger und nimmt den Unterlegenen noch ihre Möglichkeiten, die nach einer Niederlage natürlich nur als illusorisch erscheinen. Ich denke aber, dass die „Ein-

Die Niederlagen der Linken und der sozialen Bewegungen vollenden sich erst im Verlust der historischen Erfahrung, in dem vergessen und verdrängt zu werden droht, warum und für welche einstmals offene Möglichkeit der Kampf überhaupt gewagt wurde. Die Verdrängung resultiert vor allem daraus, dass es die Sieger sind, die über die Geschichte verfügen. Linke Politik ist deshalb immer auch Geschichts- und Erinnerungspolitik, die das Gewordene nur dann erklärt, wenn sie dabei das möglich Gewesene zu retten versucht. Nur aus der Erinnerung der unerfüllt gebliebenen Möglichkeit heraus wird Kritik, auch die Kritik der eigenen Geschichte, zur Voraussetzung des Neubeginns. In einer Zeit, in der der Fortbestand von Herrschaft durch eine Militärmaschinerie noch nie dagewesenen Ausmaßes gesichert werden soll, gilt das auch und gerade für die von Marx überlieferte Einsicht, nach der die Waffe der Kritik bisweilen auf die Kritik der Waffen angewiesen ist.

[aus „Fantomas, magazin für linke debatte und praxis“ Nr. 3/2003.]





kreisung der Städte durch die Dörfer“ real möglich war, und wenn ich heute die Kämpfe von damals kritisiere, gehe ich von dieser Möglichkeit aus. Dadurch bleibt die Geschichte offen.

Du hast von einem doppelten Anfang gesprochen, nach der Niederlage der kommunistischen Bewegung im Faschismus und im weltweiten antiimperialistischen Kampf. Wie habt ihr beides zusammengeführt?

Für uns kam das in unserem Begriff des Klassenkampfes zusammen. Die kommunistische Bewegung hatte das revolutionäre Subjekt in der industriellen Arbeiterklasse vorausgesetzt. Der Klassenkampf erschien ihr als kontinuierlicher Fortschritt, der schlimmstenfalls behindert, aufgehalten oder unterbrochen werden könnte. Unser Ausgangspunkt war die endgültige Niederlage dieser Politik im Faschismus und die Erfahrung, dass die industrielle Arbeiterklasse der Metropolen im weltrevolutionären Zusammenhang die Funktion einer „Arbeiteraristokratie“ einnahm. Das führte uns zu zwei grundlegenden Neuerungen: Die Klasse ist nicht gegeben sondern bildet sich erst im Kampf, und dieser Kampf ist kein steter Fortschritt, nichts statisches, sondern muss immer neu begonnen werden. Und weil wir aus einer Position der Schwäche beginnen mussten, nach dem Faschismus und im internatio-

nen Zusammenhang, wollten wir den Klassenkampf selbst allererst freikämpfen, als Voraussetzung der Konstitution einer kämpfenden Klasse. Der Ort dafür waren dann weder die Fabrik noch das Stadtviertel, sondern allein der Kampf selbst, der überall geführt werden musste, und sein Subjekt waren nicht die Arbeiter sondern alle, die zu kämpfen begannen, egal wo sie herkamen. Aus der Position einer radikalen Minderheit hieß das: die staatliche Einkreisung in exemplarischen Aktionen durchbrechen um zu zeigen, dass und wie man kämpfen und siegen kann. Zugleich ging es darum, dem Gegner, aber auch denen, die man gewinnen wollte, zu zeigen, dass es einem ernst war, dass der Kampf den Einsatz der eigenen Subjektivität verlangte – gerade weil es kein „revolutionäres Subjekt“ gab, sondern dieses Subjekt erst zu schaffen war. Das einzige, was wir voraussetzten, war der weltrevolutionäre Zusammenhang als reale Möglichkeit. Objektiv war der Übergang zum Kommunismus in den Metropolen möglich, wir wollten die subjektive Voraussetzung dafür mitschaffen.

Damit sind wir aber mitten in der Kritik, die heute an der Guerilla und überhaupt an der undogmatischen antiimperialistischen Linken geübt wird, die Kritik z. B. an einer Strategie der Eskalation, die den Faschismus regelrecht hervor-

kitzeln will und sich dabei an einer Rhetorik des Antirevisionismus und Antireformismus berauscht, die mit äußerst fragwürdigen Begriffen und Parolen hantiert, denken wir an die Gleichstellung der USA mit dem Dritten Reich, der die Darstellung der BRD als einer „US-Kolonie“ entsprach.

Ach, das ist eine typisch deutsche und zugleich eine akademische Angelegenheit, weil da eine Entwicklung nicht aus dem realen Geschehen beurteilt wird, sondern allein anhand von Texten, in denen man natürlich immer fündig wird. Die Wörter werden als etwas Endgültiges genommen, und dabei übersieht man, dass mit ihnen etwas Neues gedacht werden sollte, unter Bedingungen, über die wir gerade hinaus wollten. Als die RAF 1972 die Einrichtungen des US-Militärs in Deutschland angriff, die in den Vietnamkrieg einbezogen waren, waren wir auch mit der Teilung Deutschlands, der Einbeziehung in die konkurrierenden Blöcke, dem Verhältnis USA-BRD und somit der begrenzten Souveränität der BRD konfrontiert, und im imperialistischen Machtgefüge verstanden wir uns als Teil des weltweiten antiimperialistischen Widerstands, in organisierter Verbindung mit lateinamerikanischen und palästinensischen GenossInnen. Da wurden radikal unterschiedliche Erfahrungen ausgetauscht, für die angemessene Begriffe erst zu schaffen

waren. Natürlich war da vieles von Anfang an falsch, Parolen wie „USA-SA-SS“ und die Bestimmung der BRD als „US-Kolonie“. Und natürlich war es eine Relativierung des Faschismus, wenn wir z. B. von „Reformfaschismus“ gesprochen haben. Aber es ging uns bei allem gar nicht um unsere Bewertung des Dritten Reiches, sondern um die Bestimmung der Gegenwart, z. B. um den Zusammenhang von Kapitalismus und repressiver Modernisierung, der war für den Faschismus wesentlich und für das, was jetzt vor sich ging. Natürlich würde ich heute die Hochsicherheits-trakte nicht mehr als „KZ“ bezeichnen und „Staatschutz“ nicht mehr mit „SS“ abkürzen. Und im hundersten Flugblatt, in dem das auftauchte, war das tatsächlich unerträglich geworden.

Was andererseits Antirevisionismus und Antireformismus angeht, die ja auch für die Spontis und die K-Gruppen prägend waren, da ist neben der historischen Rolle von Sozialdemokratie und Parteikommunismus von entscheidender Bedeutung, dass die Mehrheit der Linken schon in der Ära Brandt-Schmidt der kapitalistischen Modernisierung offen in die Hände arbeitete, in SPD, DKP, den Gewerkschaften und so auch in den Staatsapparaten, und dass dieser Prozess viel schneller voranschritt als unserer. Auch hier ging es um die Zuspitzung einer aktuellen Auseinandersetzung, um den Versuch, eine fatale Entwicklung zu stoppen, und nicht um korrekte akademische Begriffe. Man kann das eine nicht vom ändern, die Begriffe nicht von der Praxis trennen, die mit ihnen eröffnet oder verteidigt werden sollte.

Dann nehmen wir's doch mal von der Mitte her, Begriff und Praxis, und das heißt: Begriff und Gewalt.

Gewalt, das war und ist zuerst die herrschende Gewalt, unmittelbar in der Repression, mittelbar im Macht- und Ausbeutungsverhältnis selbst. Ihr setzten wir unsere Gewalt entgegen als das, was sich zugleich

dem Imperialismus und der Einholung in die Modernisierung entzog. Das bestimmte die 70er Jahre, von Seiten der gesamten Neuen Linken und von Seiten des Staates. 1977 war dann die äußerste Eskalation, von uns aus im Kampf um die Gefangenen und in der Niederlage in diesem Kampf, im Tod der Gefangenen, und vom Staat aus – das wird heute immer übersprungen, auch von vielen Linken! – im systematischen Angriff nicht nur auf die Guerilla, sondern auf den emanzipatorischen Prozess seit 1968, mithin auf die gesamte Gesellschaft.

Unser Ausgangspunkt war die Schwäche der Minderheitenposition, im Unterschied zu denen, die sich wie die meisten K-Gruppen und Spontis auf eine imaginierte Arbeiterbewegung bezogen. Nach der Eskalation von 1977 hat sich dann gezeigt, dass unsere Position realistischer war, jedenfalls in der Behauptung und Fortentwicklung einer radikalen Position. Denn binnen weniger Jahre gabelte sich die Linke endgültig in zwei Linien: einerseits bezogen sich Zehntausende aktiv oder passiv auf die Grünen und verengten ihren politischen Horizont Zug um Zug auf die Teilhabe an der staatlichen Macht, andererseits wuchs die Chance, dass sich die Guerilla, die weitere radikale Linke und die Militanz sozialer Bewegung verbinden würden. Das wurde in den 80er Jahren von immer mehr Leuten aufgegriffen, die ihre eigene Praxis ebenfalls mit Gewalt verteidigten, in den Häuserkämpfen und dort, wo die Anti-Atombewegung, die Bewegung gegen die Startbahn-West und die Bewegung gegen die Aufrüstung auch und gerade durch ihre Militanz gesellschaftlich relevant wurden. Darin sahen wir Momente einer sich bildenden kämpfenden Klasse im fortgesetzten Bruch mit den herrschenden Verhältnissen, und hier fiel der Gewalt eine entscheidende Rolle zu, weil sie die mögliche Gegenmacht exemplarisch zur Geltung brachte und die Vereinahmung zurückwies.

Da ist meine historische Wahrnehmung etwas anders. Natürlich ist richtig, dass die Vereinnahmung großer Teile der Linken nach 1977 rasant voranschritt und sich die radikale Ablehnung des Bestehenden zunehmend auf die militante Linke beschränkte. Und trotzdem habe ich diese Zeit als die einer fortschreitenden Abkapselung des Linksradikalismus gegen die soziale Realität erfahren, als Prozess einer Selbstverhärtung der Guerilla, aber auch der Autonomen. Damit einher ging eine meinen politischen Intuitionen zuwiderlaufende Moralisierung des eigenen Handelns, die zur Selbstüberforderung und zugleich zur bigotten Verurteilung aller anderen führte. Das eine schlug beständig in das andere um, und die Gewalt schien mir dafür eher ein Katalysator zu sein, ein Reflex des Verlustes.

Das alles hat es gegeben, und es ist dabei zu furchtbaren Fehlern, auch zu Verrohung gekommen. Doch der zentrale Einwand, nach dem sich die Verfolgten und Unterdrückten durch ihre Gewalt den Verfolgern und Unterdrückern angleichen, trifft nie die soziale Praxis organisierter Gegengewalt als solche, sondern immer nur den einzelnen Fall, selbst wenn es sich dabei um viele „Fälle“ handelt und es nicht nur um individuelle Fehler geht. Unsere Gewalt war immer minoritär und damit von der Gewalt des Staates unterschieden, in quantitativer Hinsicht und, was wichtiger ist, in qualitativer Hinsicht, weil sie keine soldatische Praxis war. Das zeigte sich auch und gerade in der Gefangenschaft, in die ich mit vielen anderen GenossInnen kam, wo man schließlich mit dem Rücken zur Zellenwand steht und vor sich nur noch die Gewalt des Apparats hat. Wir definierten selbst das Gefängnis als Kampfplatz, erst zusammen mit den sozialen Gefangenen, dann im Kampf gegen die Sonderbedingungen und schließlich in der Verbindung mit den Kämpfen, die draußen gegen das Gefängnis geführt wurden. Diese Auseinandersetzungen waren ein wichtiger Teil der

Kämpfe, in denen Guerilla und soziale Militanz jedenfalls tendenziell eine Massenbasis gewinnen konnten, und der zentrale Punkt war immer, den Versuch des Staates zurückzuweisen, unserem Handeln die politische Dimension abzusprechen. Das führte bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein und markierte zugleich einen weiteren Bruch mit der Geschichte. Die kommunistische Linke definierte vor uns das Gefängnis als Ort, wo du „außerhalb“ des Klassenkampfes bist. Wir haben das Gefängnis selbst in Frage gestellt und diesen Kampf innen wie außen geführt, mit zunehmender Unterstützung von vielen tausend Menschen. Wir haben damit die theoretische und praktische Ablehnung des Bestehenden erweitert.

Selbstbezüglichkeit und Verhärtung hatten dabei nur insofern mit unserer Gewalt zu tun, als uns deren Veränderung misslang. Um noch einmal auf die erste Hälfte der 80er Jahre zurückzukommen: Es gab damals eine Verbreiterung der militanten Linken in Verbindung mit Bewegungen, die sich radikalisierten, und gleichzeitig wurden die herrschenden Verhältnisse umfassend modernisiert. Zugleich gab es die imperialistische Offensive auf Weltenebene, wo sich die Niederlage der Kämpfe im Süden und der Zusammenbruch des sowjetischen Blocks bereits ankündigten. In dieser Situation – und das ist mein Punkt – wäre eine Neukonstituierung der antagonistischen Linken fällig gewesen, die diese drei Momente berücksichtigt hätte, ein Bruch, den wir, den die Autonomen, aber auch die sozialistischen, kommunistischen und sogar die reformistischen Linken hätten vollziehen müssen. Zu diesem Neuanfang ist es aber nicht gekommen, und daraus resultierte dann die Selbstverhärtung der Übriggebliebenen, aber auch die Korruption oder wenigstens Resignation zahlloser Linker. Wir reden hier ja schließlich von der Mehrheit der Generationen von 68 und 77.

Wie hätte ein solcher Neuanfang denn aussehen können?

Unsere Überlegungen kreisten damals um die Frage, wie der sich anbahnende Zusammenhang von Guerilla, der weiteren Linken und radikalisierten sozialer Bewegung organisiert werden könnte. Uns war klar, dass das weder von der Guerilla, noch in Form einer Partei und auch nicht durch die autonome Szenepolitik zu leisten war, dass man diese Formen gerade überwinden müsste. Solange eine Lösung nicht gefunden war versuchten wir, irgendwie durchzuhalten, weiterzumachen, stets im Blick auf den nötigen Neuanfang. Als der dann ausblieb, verselbständigte sich das Durchhalten-Wollen, das war dann die Niederlage. Je länger man durchhielt, desto hohler wurde die eigene Position und auch die eigene Analyse.

Das endgültige Auskam in dem Augenblick, als sich ausgerechnet 1989, im Durchmarsch der kapitalistischen Modernisierung und des Imperialismus und zu einer Zeit, als die soziale Bewegung gegen Null ging, die Einschätzung ausbreitete, es sei nun eine neue Offenheit eingetreten, man müsse Gewaltverzicht leisten und mit der Staatsmacht verhandeln, um die Gefangenen, die nicht freizukämpfen waren, auf diesem Wege rauszuholen. Das hat unseren Prozess erledigt. Und wenn du von Selbstverhärtung und Abkapselung sprichst, dann bestimmte die zur selben Zeit auch die übrige Linke. Nimm doch nur mal die „Nie wieder Deutschland!“-Demonstration in Frankfurt 1991. Was dort als Neubeginn verkauft wurde war doch eine Bankrotterklärung: man hatte nichts mehr vorzubringen und feierte sich gerade dafür. Das ist der springende Punkt, für uns und für alle anderen Linken. Wer zum Bruch mit den Verhältnissen und zum Bruch mit dem eigenen Scheitern nicht mehr in der Lage ist, verbarrikiert sich in der eigenen Marginalisierung. Die Antideutschen

haben das dann zum Beweis der eigenen Überlegenheit erhoben und paradoxerweise darin ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen gemacht.

Damit sind wir mitten in der Gegenwart. Du hast vom imperialen Durchmarsch Ende der 80er Jahre gesprochen, heute steht die US-Armee in Bagdad, morgen vielleicht in Damaskus. Sich dieser Militärmaschinerie bewaffnet in den Weg stellen zu wollen ist offensichtlich ein hoffnungsloses Unterfangen. Und doch hat Al Qaida gezeigt, dass die USA angreifbar geblieben sind. Allerdings kann der Gewalt des 11. September kein emanzipatorischer Gehalt mehr zugeschrieben werden.

Schon im zweiten Golfkrieg, also bereits 1991, wurde klar, dass der „langandauernde Volkskrieg“ und die reale Möglichkeit einer „Einkreisung der Städte durch die Dörfer“ definitiv der Vergangenheit angehört. Der irakische Überfall auf Kuwait war reaktionär wie das Regime selbst und kein antiimperialistischer Akt, sowenig wie Jahre zuvor der sowjetische Einmarsch in Afghanistan. Die Pulverisierung zigtausender irakischer Soldaten durch das US-Militär war dann der grauenhafte Beweis für die völlige Umwälzung der internationalen Macht- und Gewaltverhältnisse. Seither sind die Länder des Südens und Ostens zu Orten eines unaufhörlichen Gemetzels, nicht enden wollender Mاسaker geworden, denken wir an Ruanda, an Angola, an den Kongo, aber auch an Jugoslawien oder an Grosny. Auch das ist die Vorgeschichte des 11. September, der dann tatsächlich wieder einen Einschnitt markiert. An diesem Tag hat „der Süden“ zwar erstmals wieder „den Norden“ angegriffen, und tatsächlich demonstriert Al Qaida die Verwundbarkeit des Imperialismus. Aber das Szenario hat mit der Konstellation der „Dörfer“ und der „Städte“ nichts mehr zu tun. Diese Konstellation artikuliert eine bestimmte historische Form des globalen Klas-

senwiderspruchs, und der spielt für Al Qaida keine Rolle, das zeigt die Aktion des 11. September, die auch deshalb reaktionär war, weil sie sich unterschiedslos gegen einen sozial homogenisierten „Feind“ richtete. Und das in einer Situation, in der gerade in den Metropolen erstmals wieder eine Bewegung entsteht, die den internationalen Zusammenhang denkt und nicht metropolenzentristisch handelt. Der globale Klassenwiderspruch ist also nicht erledigt, sondern bildet im Norden wie im Süden noch immer den Ausgangspunkt emanzipatorischer Politik, in Fronten, die heute viel verschlungener sind als im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, weil wir jetzt den Süden im Norden und den Norden im Süden finden. Insofern geht es heute, wenn auch unter völlig veränderten Bedingungen, noch immer darum, den Klassenkampf freizukämpfen. ...

Andreas-Thomas Vogel lebt in Frankfurt/Main und arbeitet in der bundesweiten Initiative Libertad!, die u.a. 2001 die Online-Demonstration gegen die Lufthansa mit organisierte.

Er war Mitglied der Bewegung 2. Juni und deswegen 10 Jahre in Isolationshaft. Innerhalb der Guerillaorganisation trat er für die Einheit der bewaffneten Linken und den Zusammenschluss von Bewegung 2. Juni und Rote Armee Fraktion 1980 ein.

Mit Andreas-Thomas Vogel sprach Thomas Seibert.



§ 129 ALTER KNÜPPEL

Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg

Repression

Die herrschende Ordnung ist die Ordnung der Herrschenden, die dem Selbsterhaltungsprinzip unterliegt. Das Ziel von Repression ist die eigene Machterhaltung und der Schutz vor tiefgreifenden strukturellen Veränderungen. Die Mittel zur Erhaltung der staatlichen Macht sind sehr vielfältig, sie reichen von Abschreckung, Ausgrenzung und Aussonderung bis hin zur Entpolitisierung von politischen Zusammenhängen.

Repression trifft nicht nur diejenigen, die sich aktiv gegen die bestehende Gesellschaftsordnung auflehnen; Repression hat viele Gesichter und tritt auch in Form von Rassismus, Kapitalismus und Sexismus auf. Damit zielt sie auf alle ab, die aufgrund bestimmter gesellschaftlicher Zugehörigkeit oder äußerlicher Merkmale Gesetze übertreten oder übertreten könnten (*).

Geschichte der §§129, 129a, 129b

Dort, wo sich Widerstand regt, muss mensch mit Repression rechnen. So ist der Ursprung des Paragraphen 129 bereits in der Arbeiterbewegung zu finden. Der Paragraph wurde erstmals im Reichsstrafgesetzbuch von 1871 und seinen Staatsschutzartikeln erwähnt. Wer durch den Paragraphen 129 getroffen werden sollte,

war die Arbeiterbewegung, die mit dem Kommunismus sympathisierte.

Durch die Sozialistengesetze von 1878 hatte die herrschende Klasse die Grundlage dafür geschaffen, jedes Eintreten für sozialistische Ziele als Tätigwerden für eine verbotene Vereinigung nach Paragraphen 129 zu verfolgen. 1890 mussten die Sozialistengesetze unter dem Druck der wachsenden Arbeiterbewegung aufgehoben werden. §129 blieb in Kraft, wenn auch seines politischen Anwendungsgebietes beraubt.

In der Weimarer Zeit diente der §129 vor allem der Verfolgung der KPD, die damals von November 1923 bis März 1924 im gesamten Reichsgebiet verboten war. In dieser Zeit hatte sich die Arbeiterschaft eine überparteiliche Hilfsorganisation geschaffen, die „Rote Hilfe“, die politischen Gefangenen und ihren Verwandten Unterstützung gewähren sollten. Diese Tätigkeit war für die Staatsschutzrechtssprechung Grund genug, die „Rote Hilfe“, als eine staatsfeindliche Verbindung zu betrachten und ihre AktivistInnen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat zu verfolgen“. Die Kommunistenprozesse der Weimarer Republik haben gemeinsam, dass die angeklagten Handlungen selbst völlig legale Tätigkeiten einschlossen.

Diese dienten jedoch als Vorwand, um über Motivation und Ziele der Angeklagten die Gesinnung bestrafen zu können.

Diesen zeitraubenden und lästigen Umweg konnte sich der Nazifaschismus ersparen. Schutzhafte Befehle wegen kommunistischer oder anarchistischer Umtriebe und die Verbringung der Internierten in Konzentrationslager führten zu physischen Vernichtung der Kader und AktivistInnen der revolutionären Arbeiterbewegung. Der Paragraph blieb zwar bestehen, war aber entbehrlich geworden.

Der Paragraph blieb auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Kraft. Unter dem Einfluss des Kalten Krieges und dem vom Nationalsozialismus übernommenen Antikommunismus wurden die Staatsschutzbedingungen und der §129 im Jahre 1951 verschärft. Seitdem existiert auch die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ als Straftatbestand.

In den 50er Jahren diente die Verschärfung des §129 in erster Linie der Kriminalisierung der AnhängerInnen der KPD, die 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verboten wurde. Damit genügte für die Unterstützungshandlung die bloße Bereitschaft, für eine verbotene Vereinigung werbend tätig zu werden.

Anfang der 70er Jahre erschloss sich dem §129 ein neuer Anwendungsbereich: RAF und Bewegung 2. Juni.

Hier genügte der BRD das Unterdrückungsinstrument §129 nicht mehr aus. Sondergesetze und Sonderrechtssprechung mussten her. Durch das Sondergesetzgebungspaket Nr. 2 von 1976 wurde der §129a geschaffen, die „terroristische Vereinigung“. Für das, was Regierung und Medien als Terrorismus bezeichnen, wurde Ausnahmerecht geschaffen. Ausgehend vom Begriff der terroristischen Vereinigung wurde das Haftrecht verschärft.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde der §129 um einen weiteren Sonderparagraphen, den §129b, erweitert. (Siehe dazu den nachfolgenden Artikel.) Am 1. April 2003 wurde der §129a weiter verschärft. So hat die Rot-Grüne Koalition eine höhere Bestrafung für „Terrorismushelfer“ beschlossen. Aus Anlass einer EU-Vorgabe wird nun künftig die „Unterstützung“ einer „terroristischen Vereinigung“ mit einer Höchststrafe von 10 Jahren bedroht. Für Mitglieder und Anführer bleiben die bisherigen Haftstrafen von 10 bzw. 15 Jahren bestehen. Außerdem wird die Liste die aus einer Clique eine „terroristische Vereinigung“ macht, erweitert.

Bisher musste der Gruppenzweck in der Begehung von Straftaten wie Mord, Geiselnahme oder dem Angriff auf Infrastruktureinrichtungen liegen. Künftig kommen unter anderem schwere Körperverletzung, Verwendung von Gift oder Kriegswaffenschieberei hinzu.

Als Ausgleich für diese Verschärfungen haben die Grünen mehrere einschränkende Kriterien durchgesetzt. So muss bei allen Taten außer Mord, Völkermord und Geiselnahme eine terroristische Motivation gegeben sein. Das heißt, die Tat muss darauf abzielen, die Bevölkerung „auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern“, eine Behörde rechtswidrig zu einer Handlung zu zwingen oder die Grundstruktur des Staates „ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören“. Die Tat muss also geeignet sein den Staat „ernsthaft zu schädigen“.

Erfahrungen mit §129a in Magdeburg

Wie schon aus der Geschichte des Paragraphen deutlich wird, ist der §129a ein Ermittlungsparagraph, der weitreichende staatliche Repression legitimiert. Er ermöglicht den Behörden einen weitreichenden Einblick in linke Strukturen und zielt auf deren Kriminalisierung ab. Frei nach dem Motto „Je größer der Ham-

Die StA kommt zu dem offiziellen Schluss,

Wolfgang Grams habe sich selbst getötet. Diesen Selbstmord wollte sie beweisen. Dazu war ein besonderer Umgang mit Zeugen nötig: die systematische Demontage von Zeugenaussagen, das mehrfache Vernehmen von Zeugen bis deren Aussage ins gewünschte Bild passte, das Nicht-Nachhaken bei vielen Zeugen, die angeblich weggeschaut und nichts gesehen haben und bei einzelnen Zeugen auf eine Vernehmung zu verzichten. Mit den von

der StA bestellten Gutachten wollte diese den Selbstmord belegen. Das Gutachten von Prof. Brinkmann aus Münster war das einzige, das einen Selbstmordbeweis behauptete. Ein Gegengutachten der Eltern Grams widerlegte jedoch in allen Punkten der Argumentationskette das Münsteraner Gutachten.

Die Medien wurden belogen und an der Nase herumgeführt. Sie trugen – mehr als die demokratische Öffentlichkeit – dazu bei, dass ein wenig mehr Licht ins Dunkel kam. Begierig berichteten Nachrichtenredaktionen über

Unterlassungen, Vertuschungsversuche und Widersprüchlichkeiten. Wesentliche Informationen, die die Mordversion glaubwürdig erscheinen ließen, sind von den Medien zügig und umfassend veröffentlicht worden (anders als nach Stammheim 1977). Einige Medienvertreter stellten eigene Recherchen an und wurden dafür bspw. von der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) dafür kritisiert, dass sie von der Polizei nicht abgesegnete Informationen veröffentlichten. BKA-Chef Zachert äußerte im September 1993,



27.06.1993 | 10 Jahre Tod von Wolfgang Grams | Bad Kleinen | glaubt den Lügen der Mörder nicht | 27.06.2003

mer mit dem ich schlage, um so breiter die Kreise, die ich treffe“. Hier geht es nicht um die Aufdeckung von Straftaten, sondern um die Zerstörung politisch linker Strukturen.

Bereits am 27. November 2002 wurden Marco und Daniel in Magdeburg bzw. Quedlinburg festgenommen. Der Vorwurf und Grund für die Verhaftungen der beiden lautete Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung mit dem Namen „Freilassung aller politischer Gefangenen“.

Dazu haben wir uns gefragt, warum wird die Repressionskeule nun gerade in Magdeburg geschwungen? Wir wissen, dass die Regionen Magdeburg/Quedlinburg keine bedeutende Rolle in der Gesamt-Linken der BRD spielen. Ein vermeintliches Indiz, in Form eines gefundenen Fingerabdrucks nach den Brandanschlägen vom 18. März 2002, wurde von den ermittelnden Behörden zum Anlass genommen den Repressionshebel hier in Magdeburg anzusetzen. So sehen wir die Räumung des „Ulrike Meinhof Hauses“ ganz klar als ein Mittel staatlicher Repression, welches darauf abzielte die bestehende Linke Magdeburgs zu zerstreuen, um die Ermittlungen gezielter und einfacher werden zu lassen. Nach massiven Observationen und diversen ausufernden Ermittlungshypothesen geht es, unserer Meinung nach, mittlerweile darum hier eine bestimmte legal arbeitende linke Gruppe – den Autonomen Zusammenschluss – als terroristische Guppierung zu kriminalisieren und damit gleichzeitig im Rahmen des §129 a in dieser Hinsicht einen

Präzedenzfall zu schaffen. Im Vorfeld ist dies schon mehrfach gescheitert, wie z.B. in Göttingen und Passau, dort mussten die Konstrukte wieder fallengelassen werden. Insofern ist das 129a-Verfahren in Magdeburg als ein erneuter Versuch anzusehen eine legale Linke zu kriminalisieren. Insbesondere spielt im Rahmen des Verfahrens auch die Militanzdebatte, die vor einiger Zeit in der Interim geführt wurde, eine tragende Rolle. Das „Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen“ wird durch den Bundesgeneralanwalt ebenfalls mit dieser Debatte in Verbindung gebracht. Wir denken, dass das Verfahren hier in Magdeburg in erster Linie natürlich darauf abzielen soll, abschreckend und lähmend auf die Gruppen, die sich an dieser Debatte öffentlich beteiligt haben, zu wirken, aber auch andere links-politische Strukturen einzuschüchtern und ihre Aktivitäten zu beschränken.

Zu dem Vorwurf der Beteiligung an den Anschlägen des 18. März 2002 kamen, seit den Hausdurchsuchungen am 1. April 2003, noch die Beschuldigungen an zwei weiteren Anschlägen in Magdeburg hinzu. Diese soll das „Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen“ unter dem Namen „Kommando globaler Widerstand“ bzw. „Revolutionäre Aktion Carlo Giuliani“ begonnen haben. Am 16. April 2003 kam es zu einer erneuten Verhaftung im Zuge des 129a-Verfahrens. Aufgrund des „dringenden Verdachts ebenfalls Mitglied dieser terroristischen Vereinigung zu sein“, wurde Carsten festgenommen.

Durch die Zuordnung dieser Anschläge und die erneute Festnahme versuchen die Ermittlungsbehörden eindeutig das 129a-Verfahren krampfhaft aufrechtzuerhalten und die andauernden Ermittlungen zu rechtfertigen. Jedoch rechnen mittlerweile die

Anwälte der Beschuldigten mit dem baldigen Prozessbeginn.

Im Laufe des Verfahrens kam es zu Verhören durch die ermittelnden Behörden, bei denen sie persönliche Angelegenheiten, von denen sie im Laufe ihrer Ermittlungen erfahren haben, als psychische Druckmittel nutzen, um Aussagen zu erpressen.

Es ist nicht auszuschließen, dass es zu weiteren Verhören, Vorladungen oder Anquatschversuchen seitens der dieser Behörden kommen kann. Solltet ihr von derartigen Maßnahmen betroffen sein, oder anderweitige Fragen haben, meldet euch bei uns. ☺

Kontakt und Infos

soligruppe@web.de
www.soligruppe.de

(*) Buch-Tipp

„Durch die Wüste“, Handbuch gegen Repression, Unrast Verlag

- Die Initiative „zehn Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams“ haben ergriffen:
- Antifa Bad Homburg
- Antifaschistische Aktion LEVerkusen –[AALEV]
- Autonome Antifa [M] Göttingen
- Komitee 18. März Münster
- Libertad!
- Organisierte Autonomie (OA) Nürnberg
- Soligruppe
- Magdeburg/Quedlinburg

Infos/Termine:
www.badkleinen.tk
www.badkleinen.de.vu

Bestellungen:
• Libertad!
• Falkstraße 74
• 60487 Frankfurt

Flugblätter
• vergriffen!
• bitte von der Webseite laden und selbst vervielfältigen

Plakate
• 100 Stück
• Selbstkostenpreis 15 EUR

Soli-CD
• 1 Stück; Soli-Preis 10 EUR

Kurzfilm für Projektionen
• im öffentlichen Raum
• 1 CD mit 13 minütiger Film-Datei im SVCD bzw. VCD-Format (DVD)
• Soli-Preis 10 EUR
• VHS auf Anfrage.

Kein Friede-Broschüre
von 1994 „Die Niederlage der RAF...“ (4 EUR)

Kontakt aufnehmen mit den politischen Gefangenen:

Christian Klar
• Schönbornstr. 32
• 76646 Bruchsal

Birgit Hogefeld
• Obere Kreuzäckerstr. 4
• 60435 Frankfurt

Rolf-Clemens Wagner
• Paradeplatz 5
• 34613 Schwalmstadt

Brigitte Mohnhaupt
• Münchenerstr. 33
• 86551 Aichach

Eva Haule
• Obere Kreuzäckerstr. 4
• 60435 Frankfurt

Thomas Meyer-Falk
• JVA, Z. 3117
• Schönbornstraße 32
• 76646 Bruchsal

Rainer Dittrich
• Marlring 41
• 23566 Lübeck

Marco Heinrichs, Daniel Winter, Carsten Schulze
• jeweils über den Ermittlungsrichter am BGH
• Herrenstr.45a
• 76133 Karlsruhe



dass die eigentliche Panne die Pressearbeit gewesen sei. Eine andauernde totale Nachrichtensperre ähnlich wie im Fall Schleyer hielt er rückblickend für eine bessere Regelung.

.....ENDE.....



§ 129b DIE ERSTE...

www.intsol.de/paulo/

Am 21. Januar 2003 wurde in Nürnberg der Baske Paulo Elgoro wegen angeblicher Unterstützung der ETA festgenommen. Spanien hat bereits ein Auslieferungsbegehren eingereicht. In Deutschland wird gegen ihn wegen Paragraph 129b ermittelt. Damit ist Paulo der erste Fall, in dem die Anwendung dieses neuen Paragraphen zu einer Festnahme führte.



Paulo Elgoro lebte unter falschen Namen in Deutschland, weil der spanische Staat gegen ihn ermittelt. Die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben werden, sind Ergebnisse von Aussagen anderer Beschuldigter, die unter Folter in der Polizeihaft gemacht wurden. In Spanien werden Festgenommene, die im Verdacht stehen, mit der ETA zu tun zu haben, für mehrere Tage der sogenannten „Incommunicado-Haft“ unterzogen. Dabei hat der/die Festgenommene keinerlei Kontakt nach außen, weder zu Rechtsanwälten, noch zu Angehörigen oder

Freunden. In dieser Zeit ist es an der Tagesordnung, dass Gefangene gefoltert werden, um sie zu Aussagen zu zwingen.

In Frankreich wurden erst Mitte Mai dieses Jahres zwei baskische Gefangene freigelassen, statt nach Spanien abgeschoben, weil ihnen dort Folter droht und weil die Aussagen, die die beiden belasteten, unter Folter zustande gekommen waren. Damit wurde ganz offiziell von einem französischen Gericht festgehalten, dass in Spanien systematisch gefoltert wird. Auch die UN-Menschenrechtskommission

hat die systematische Folter in spanischen Knästen bereits mehrfach verurteilt.

Paulo hat jetzt in Deutschland einen Asylantrag gestellt, um die Auslieferung zu verhindern. Die Aussichten sind nicht besonders gut, da Spanien in der offiziellen Einschätzung ein „sicheres Drittland“ ist, und die Anerkennung des Asylantrags diesen Status praktisch zu Fall bringen würde.

Der Paragraph 129b ist im Rahmen der Anti-Terror-Gesetzespakete nach dem 11.9. durchs Parlament gepeitscht worden. Er war schon länger im Gespräch, aber erst die allgemeine Terrorhysterie gab das politische Klima, um die Pläne zu verwirklichen. Wie schon beim 129a, so gilt auch für diesen Paragraph, dass nicht nur die Mitgliedschaft, sondern auch die Unterstützung von Gruppen strafbar ist, die irgendwo als terroristisch eingestuft sind. Diese Gruppen müssen explizit nicht in Deutschland aktiv sein.

Mit Hilfe dieses Gesetzes ist es also möglich, konkrete internationale Solidaritätsarbeit in Deutschland genauso zu kriminalisieren, wie in den Ländern, in denen die Bewegungen aktiv sind. Nachdem in Spanien praktisch jede Gruppe, die im Baskenland für die Unab-

hängigkeit eintritt, verboten und auf die Terrorliste gesetzt wird, kann auf diese Weise auch die Zusammenarbeit oder Unterstützung dieser Gruppen in Deutschland verfolgt werden. Entsprechendes gilt für praktisch alle Solidaritätsbewegungen, die sich für kämpfende Bewegungen überall auf der Welt einsetzen.

Internationale Solidarität soll auf diese Weise genauso unterbunden werden, wie praktische politische Zusammenarbeit. Diese Entwicklung ist eine Bedrohung eines der wichtigsten Arbeitsfelder politisch arbeitender Gruppen, innerhalb der metropolitenen Länder der Welt. Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker – sie lässt sich nicht verbieten! ...

Informationen unter www.intsol.de/paulo/

ANTIFA-VERSAND

RED STUFF

bestellungen auch unter www.antifa.de

antifa-versand red stuff

berlin: lausitzer straße 10 | 10999 berlin

göttingen: c/o buchladen | nikolaikirchhof 7 | 37073 göttingen

aufkleber
spuckis
t-shirts
plakate
broschüren
und vieles mehr



FÜR DIE FREIHEIT

E. Erle für den Bundesvorstand der Rote Hilfe e. V.

Auch Jahre nach Beendigung des bewaffneten Kampfes ist die staatliche Repression gegenüber inhaftierten RAF-Mitgliedern ungebrochen.

Politische Gefangene in der BRD

Viele Jahre lang war der Begriff „politische Gefangene in der BRD“ untrennbar verknüpft mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern. Das hatte gute Gründe: Nicht nur für den Staat, sondern auch für die Linke manifestierte sich hier am Deutlichsten der Bruch mit einem repressiven und ausbeuterischen System. Für viele Linke gewannen die Gefangenen aus der RAF allerdings eine fragwürdige StellvertreterInnenfunktion: hier saßen Menschen für Aktionsformen im Knast, mit denen viele UnterstützerInnen zwar sympathisierten, die sie selbst aber niemals auszuführen gewagt hätten.

Lebensbedrohliche Haftbedingungen

Die Stadtguerilla symbolisierte in ihrer Entscheidung eine Form des Widerstandes, die es für die Repressionsorgane der BRD um jeden Preis zu brechen galt. Dass die RAF-Gefangenen auch für den Staat eine exemplarische Funktion hatten, ließ sich aus den verschärften Haftbedingungen ersehen, die von der Solidaritätsbewegung völlig zu Recht als „Weiße Folter“ bezeichnet wurden (als BRD-Exportschlager erreichten diese in den letzten Jahren in Gestalt der türkischen F-Typ-Gefängnisse traurige Aktualität). Seit den ersten Verhaftungen 1970 wurden die Gefangenen aus der RAF der systematischen Anwendung sensorisch deprivierender Isolationshaft ausgesetzt.

Der Tote Trakt, in dem beispielsweise Ulrike Meinhof in totaler akustischer Isolation acht Monate durchhalten musste, aber doch nicht gebrochen werden konnte, wurde zum Inbegriff der Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen.

Widerstand der politischen Gefangenen

Doch die Geschichte der politischen Gefangenen in der BRD ist auch eine Geschichte ihres Kampfes gegen die zerstörerischen Haftbedingungen, bei dem mehrere, zum Teil kollektive Hungerstreiks eine herausragende Rolle spielten. In dieser Zeit wurde immer deutlicher, in welcher Lebensgefahr sich die inhaftierten RAF-Mitglieder befanden: Seit dem Tod von Holger Meins am 9. November 1974 gab es immer mehr tote Gefangene in den Knästen. Holger starb an der behördlich angeordneten Zwangsernährung, deren Zusammensetzung zur Beschleunigung des körperlichen Abbaus manipuliert worden war. Insgesamt waren es neun Gefangene aus der RAF oder anderen militanten Gruppen, die diese Zeit nicht überlebt haben: Außer ihm starben Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof, Jan Raspe, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Ingrid Schubert und Sigurd Debus. Dadurch erhielt die Parole „Für die Freiheit und das Leben der politischen Gefangenen“ eine bittere Brisanz.

Repression gegen die Solidaritätsbewegung

Doch die staatliche Repression endete keineswegs bei den inhaftierten RAF-Mitgliedern, was viele zu spüren bekamen, die sich in irgendeiner öffentlich bemerkbaren Form für diese Freiheit und dieses Leben der politischen Gefangenen einsetzten. Da die Kämpfe der politischen Gefangenen für bessere Haftbedingungen, für die Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen und für die Zusammenlegung in mehreren Gerichtsurteilen als „Aktionen der RAF“, als „Fortsetzung der kriminellen Vereinigung in der Haft“ (Generalbundesanwalt Buback) gewertet wurden, war der Kriminalisierung von Angehörigen, AnwältInnen, FreundInnen und GenossInnen Tür und Tor geöffnet. Über diese Konstruktion einer „legalen RAF“ ließ die Bundesanwaltschaft in den 80er Jahren viele BesucherInnen der Gefangenen oder Menschen, die Veranstaltungen zu den Haftsituationen machten, ihre Zusammenlegung forderten etc., verhaften.

Die RAF ist Geschichte

Der Versuch, in der BRD den bewaffneten Kampf gegen den bürgerlichen Kapitalismus zu organisieren, ist vorerst Geschichte. Über dieser Erkenntnis dürfen wir aber nicht vergessen, dass das Ende der bewaffnet kämpfenden Gruppen nicht das Ende der Rache der Staatsorgane bedeutet. Immer noch sitzen Genossinnen und Genossen in bundesdeutschen Knästen:

Christian Klar
in Bruchsal
(in Haft seit 1982)



Christian Klar

Brigitte Mohnhaupt
in Aichach
(in Haft seit 1982),



Brigitte Mohnhaupt

Rolf-Clemens Wagner
in Schwalmstadt
(in Haft seit 1979)

Eva Haule
in Frankfurt a. M.
(in Haft seit 1986)

Birgit Hogefeld
in Frankfurt a. M.
(in Haft seit 1993).



Rolf-Clemens Wagner

Der Verfolgungswille des Staates hat nicht nachgelassen

Bei aller exemplarischen Bedeutung, welche die inhaftierten GenossInnen aus der RAF für die Linke haben, muss allerdings in unserem Bewusstsein bleiben, dass in deutschen Knästen noch viele weitere politische Gefangene sitzen. Seit den 80er Jahren ist eine Vielzahl von kurdischen AktivistInnen zu langen Haftstrafen verurteilt worden, und der Berliner RZ-Prozess zeigt, dass auch Jahrzehnte nach bewaffneten Aktionen der Verfolgungswille des Staates nicht nachgelassen hat.



Eva Haule

Solidarität ist eine Waffe!

Für eine Linke, die ihre Geschichte nicht verdrängen und an einem Grundverständnis von Solidarität festhalten will, ist es unabdingbar, die Gefangenen nicht allein zu lassen, sich ihre Situation immer wieder in Erinnerung zu rufen und für ihre Freiheit zu kämpfen. ...



Birgit Hogefeld



Aufruf zur Initiative [bereits als Flugblatt veröffentlicht]

Am 27. Juni 1993 schlug das Bundeskriminalamt (BKA) in Bad Kleinen gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) zu. Wolfgang Grams wurde laut Aussagen von Zeuginnen von der GSG 9 hingerichtet, Birgit Hogefeld ist seither in Haft. Die Staatsschutzaktion in Bad Kleinen offenbart öffentlich das Ausmaß des staatlichen Vernichtungswillens gegen seine radikalen und militanten Gegner und markiert zugleich eine schwere Niederlage für die Linke in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre danach nehmen wir diese Ereignisse zum Anlass, um uns mit diesem Kapitel linker Geschichte auseinanderzusetzen. Auch wenn unsere Blickwinkel darauf durchaus sehr unterschiedliche sind, so eint uns als Teile der radikalen Linken doch die Erkenntnis, das dies auch unsere Geschichte ist. Das Bewusstsein für diese wach zu halten und die in diesem Zusammenhang aktuellen politischen Herausforderungen verantwortlich anzugehen, sind die Hauptanliegen unserer Aktivitäten 10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams. Geschichte wird gemacht, nehmen wir unsere in die eigenen Hände!

Blick zurück nach vorn

RAF, Bewegung 2. Juni oder die RZ entstanden in einer Zeit weltweiter antikolonialer/ anti-imperialistischer Befreiungskämpfe. Diese wirkten zurück in die kapitalistischen Metropolen, auch in der Bundesrepublik Deutschland befand sich die Linke in den 60er und 70er Jahren im Aufbruch und in relativer Stärke. Die Bewaffnung der Linken war vor diesem Hintergrund kein abwegiges Konzept und wurde von vielen Menschen getragen - anders wäre sie auch gar nicht möglich gewesen. Der politische Kampf für die Abschaffung der kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Verhältnisse, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhen, war damals genauso legitim, wie er es heute ist und in Zukunft bleiben wird.

Beendet wurde 25 Jahre später ein politisches Konzept, das analytisch und organisatorisch offensichtlich schon seit längerem an seine Grenzen gestoßen war. Eine Guerilla kann nur so gut sein wie die Linke, deren Teil sie ist.

Beendet wurde eine Struktur, die sich für lange Zeit dem Zugriff des Staates entziehen konnte und punktuell auf hohem organisatorischen Niveau handlungsfähig war. Aus heutiger Sicht eine unglaubliche Leistung.

Beendet wurde auch das existierende Beispiel der persönlichen Konsequenz, mit den Privilegien des bürgerlichen Lebens in der Metropole radikal zu brechen. Sicherlich die größte Ausstrahlungskraft der bewaffneten Kämpfenden, weit über die Linke hinaus. Wenn heute über den Bruch mit den Verhältnissen diskutiert wird, ist das zumeist ein Gedankenspiel und nicht mehr eine konkrete Option.

Bad Kleinen also: Endstation, nicht nur für das Leben einiger GenossInnen, sondern auch für ein

◀ ◀ **rewind:** Sonntag, 27. Juni 1993. Bahnhof, Bad Kleinen. Ein knapp Dreitausend-Seelenort nördlich von Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern. Die Frau: Birgit Hogefeld. Der Mann: Wolfgang Grams. Beide organisiert in der Rote Armee Fraktion (RAF). **By any means necessary.** Der Verräter: Klaus Steinmetz, ein V-Mann des Verfassungsschutzes. Das Treffen: Eine Falle. Billardcafe, Bahnunterführung, Treppenaufgang, 15 Uhr. Der Angriff: Birgit Hogefeld wird zu Boden gebracht und gefesselt. Flucht: Wolfgang Grams läuft den Treppenaufgang zum Bahnsteig 3/4. Die Verfolger: GSG9, eröffnen das Feuer. Wolfgang Grams: Schießt zurück. **By any means necessary.** Die Zeugin Baron, der anonyme BKA-Zeuge: Grams wurde, als er bereits regungslos im Gleisbett lag, von Beamten der GSG9 regelrecht hingerichtet. **By any means necessary.** Nachrichtensperre. Der Innenminister tritt zurück. Der Generalbundesanwalt wird in den Ruhestand entlassen. Die offizielle Version: Wolfgang Grams habe den GSG9 Beamten Newrzella erschossen und sich selbst getötet. Die Bundesregierung: Spricht den Einsatzkräften, dem BKA und der BAW ihr volles Vertrauen aus. **By any means necessary.** Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken. Forward: 27. Juni 2003, 10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams: **Glaubt den Lügen der Mörder nicht.**

Kapitel linker Politik in Deutschland. Die späteren Auflösungserklärungen der RAF und einiger RZ wirken da wie nachgereichte Pflichtaufgaben.

Nicht beendet ist allerdings der offene Verlauf der Zukunft, wie es uns so viele Apologeten kapitalistischer Wertungslogik und bürgerlicher Ideologie seit dem Zusammenbruch des Ostblocks selbstbewusst predigen. Es gibt kein Ende der Geschichte! Unsere Perspektive heißt Befreiung weltweit!

Nichts ist vergessen und niemand!

Geschichte kann nicht objektiv oder gar neutral geschrieben werden. In ihr liegt mindestens immer der Blickwinkel der Schreibenden, ihr Standpunkt bestimmt die Perspektive. Was es geben kann, ist die Sammlung von Tatsachen, wenn auch diese einem Deutungsinteresse unterliegt.

Um den 20. Jahrestag von Stammheim herum gab es in den bürgerlichen Medien einen breit angelegten Versuch, mit der herrschenden Version von fast 25 Jahren bewaffneten Kampf in der BRD endgültig in den Geschichtsbüchern festgeschrieben werden sollte. Dabei bemühten sich nicht bloß die Organe des Staates, ihr Handeln erneut zu rechtfertigen. Auch zahlreiche derer, die in den 60er und 70er Jahren für die Befreiung des Menschen aufgebrochen waren, wußten nun authentisch von der Aussichtslosigkeit der Stadtguerilla zu berichten und so ihre Distanz zu belegen.

In einem solchen Ausmaß war die Widerspruchslosigkeit dieses Diskurses nur möglich, weil die bestehende Linke weder die Aufmerksamkeit noch den Willen hatte, Kritik am Staat in die Öffentlichkeit zu tragen, geschweige denn die Ziele und Motivationen der bewaffneten Kämpfenden zu vermitteln. 10 Jahre nach Bad Kleinen wollen wir einen Gegenpol zur bürgerlichen Geschichtsschreibung schaffen und nicht nur in der Linke unsere Version der Geschichte zur Diskussion stellen.

Don't believe the hype

„Nach ewig langen 20 Sekunden ist dann der tödliche Schuß gefallen. Ein Kollege von der GSG 9 hat aus einer Entfernung von Maximum 5 cm gefeuert.“ So schilderte ein anonym

Zeuge des BKA kurz nach den Ereignissen von Bad Kleinen seine Beobachtungen dem Nachrichtenmagazin Spiegel. Die Verkäuferin eines Kiosks auf dem Bahnsteig berichtete einen ähnlichen Ablauf: Demnach feuerten zwei Beamte der GSG9 aus nächster Nähe auf den bereits reglos auf den Bahngleise Liegenden, ein weiterer hinzutretender Polizist tötete Wolfgang Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuss.

Bad Kleinen löste für kurze Zeit eine ernsthafte Staatskrise aus. Als Problem wurden schließlich aber vor allem Pannen bei der Öffentlichkeitsarbeit benannt, den beteiligten Polizeibehörden politisch das Vertrauen ausgesprochen. Offiziell wird seither von „Erschießung“ sowie von „Tod unter ungeklärten Umständen“ gesprochen. Deutsche Gerichte haben bereits ihr endgültiges Urteil „Selbstmord“ gefällt. Ohne dafür die politische Verantwortung tragen zu müssen, bleiben so doch Fakten geschaffen: Alle wissen, was in Bad Kleinen geschah und was damit auch zukünftig möglich ist. Ein ähnliches Muster bei der Herstellung von gesellschaftlichen Tatsachen, war - wenn auch inszenierter - bei der Diskussion um die angeordnete Folter der Frankfurter Polizei beobachtbar. Der Tabubruch ist auch hier vollzogen: Folter ist bei Bedarf möglich.

stop state-terrorism!

Verbanden einige Linksliberale mit der Regierungsbeteiligung der Grünen noch die Hoffnung, nun würde an den §§ 129 und 129a (Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung) gerüttelt, bleibt davon heute nicht mehr als Schulterzucken übrig. Mit den Sicherheitspaketen nach dem 11. September 2001 wurde auch der § 129b, Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland, aus den Amtsschubladern gezaubert. Die Willkürlichkeit, mit der unliebsame Bewegungen je nach weltpolitischer Interessenlage als legitime Befreiungskämpfer beklatscht oder als blutrünstige Terroristen diffamiert werden können, kennzeichnet den Begriff Terrorismus einmal mehr als Propagandamittel. Das Wesen dieser staatlichen Verfolgungslogik, die nicht eine konkret begangene Straftat zu Grunde legt, sondern ganz unvorhersehbar zu erwartenden politischen

Protest zu unterbinden versucht, drückt sich ebenso in den Gefahrenabwehrgesetzen oder den Beschränkungen der Reisefreiheit aus.

Die konkreten Auswirkungen solcherlei Kompetenzen für die Staatsschutzbehörden hat die deutsche Linke in den letzten Jahren zur Genuge erfahren. Wie im Verfahren gegen die Zeitung radikal. Oder mit den Ermittlungen nach §§129 bzw. 129a gegen die Autonome Antifa [M] in Göttingen oder die Antifa Aktion Passau. In den 90er Jahren wurden weite Teile von legal angelegten politischen Strukturen überwacht und durchleuchtet. Auch wenn es hier zu keinen Verurteilungen kam, wurden die betroffenen Gruppen durch diese Frontalangriffe des Staates doch erheblich geschwächt. Einem ähnlichen Druck ist jetzt die Linke in Sachsen-Anhalt ausgesetzt. Die Konstruktion der Bundesanwaltschaft hier: Aus der Gruppe „Autonomer Zusammenschluß Magdeburg“ soll sich eine terroristische Vereinigung gebildet haben.

In weitaus größerem Umfang sind von all diesen Befugnissen aber die in Deutschland politisch aktiven MigrantInnen und Flüchtlinge betroffen. So bräute es bisher gar keines §129b, um beispielsweise mit aller Härte gegen die türkische oder kurdische Linke vorzugehen und damit dem NATO-Partner Türkei den Rücken freizuhalten. 2003 jährt sich ebenfalls zum zehnten Male das Verbot der Betätigung für die PKK. Ein Kurswechsel der Bundesregierung an diesem Punkt ist nicht in Aussicht.

free all political prisoners!

Birgit Hogefeld wurde 1996 zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Eva Haule und Rolf Clemens Wagner sind für ihre Mitgliedschaft in der RAF noch immer im Knast. Die Angeklagten im Prozess gegen die Revolutionären Zellen (RZ) sind von Haftstrafen bedroht, Lothar Ebke ist in Kanada in Auslieferungshaft. Aus der kurdischen und der türkischen Linken sitzen zahlreiche GenossInnen auch in deutschen Gefängnissen; ebenso wie Thomas Meyer-Falk oder Rainer Dittrich.

Am 21. Januar 2003 wurde der Baske Paulo Elgoro in Nürnberg festgenommen. Er befindet sich in Untersuchungshaft in der JVA Stadelheim. Gegen ihn wird nach § 129b

ermittelt, der spanische Staat verlangt seine Auslieferung.

Am 27. November letzten Jahres wurden Marco Heinrichs und Daniel Winter wegen des Vorwurfs festgenommen, eine terroristische Vereinigung mit dem Namen „Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen“ gegründet und zwei Anschläge im März 2002 begangen zu haben. Dabei handelte es sich um einen nicht gezündeten Brandsatz unter einem Fahrzeug des BGS in Magdeburg sowie den Wurf eines Molotow-Cocktails gegen die Fassade eines LKA-Gebäudes. Am 16. April 2003 wurde Carsten Schulze aus Magdeburg als weiterer Beschuldigter festgenommen, die Vorwürfe gegen die Drei wurden nun um diverse unaufgeklärte Anschläge der letzten Jahre in der Region Magdeburg erweitert.

Dort wo sich Widerstand regt, der den Rahmen des bürgerlichen Gesetzbuches verlässt oder gesellschaftliche Bedeutsamkeit erlangt, kann die Linke mit den Gegenschlägen des Staates rechnen. Deutlich wurde dieses einmal mehr mit den Auseinandersetzungen um die Gipfeltreffen; auch die Antifa- und „Antiglobalisierungsbewegung“ sind danach unmittelbar von Gefängnisstrafen betroffen. Der Frage nach dem Verhältnis zu den politischen Gefangenen muss sich die Linke stellen. Ohne dieses sind offensive Schritte der Linken wie beispielsweise in Göteborg oder Genua nicht zu verantworten. Die Bedrohung durch Knast kann nicht zum bloßen persönlichen Risiko der Einzelnen und zum Problem der Angehörigen verkommen. Politische Solidarität ist eine Aufgabe der Linken insgesamt.

Die deutsche Linke hat offenbar seit langer Zeit nicht mehr die Kraft, durch öffentlichen Druck eine Verbesserung der Situation der politischen Gefangenen durchzusetzen. Dennoch gibt es für uns keinen Grund, die Hände an diesem Punkt sprachlos in den Schoß zu legen. Fehlen uns auch die Mittel, die politischen Gefangenen gesellschaftlich zu thematisieren, so haben wir dennoch die Verantwortung, das Bewusstsein um die Gefangenen in der Linken und die Anforderungen einer politischer und materieller Solidaritätsarbeit anzupacken.

Wenn es die Absicht des Staates ist, einzelne GenossInnen mit Prozessen und Knast auch in ihrer finanziellen Existenz zu bedrohen, dann ist es die Aufgabe der Linken, diese Last auf viele Schultern zu verteilen und Geld zu sammeln.

Wenn es die Absicht des Staates ist, Menschen durch Knastmauern voneinander zu trennen, dann ist es die Aufgabe der Linken, diese Mauern zumindest in unseren Diskussionen einzureißen, indem wir die GenossInnen drinnen zum Teil der politischen Auseinandersetzungen draußen machen.

Wenn es die Absicht des Staates ist, politische Ansätze wegzusperren, dann ist es die Aufgabe der Linken, die Auseinandersetzung gerade um diese Politik zu suchen.

Angehörigen Info:

www.nadir.org/nadir/periodika/angehoerigen_info/

Solidaritätsbündnis für die Verfolgten wegen RZ:

www.freilassung.de

Soligruppe für die verfolgten Magdeburger:

www.soligruppe.de

Azadi, Rechtshilfefonds für die KurdInnen in Deutschland:

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/>

Tayad-Komitee Hamburg:

<http://www.tayad.de>
Infos zu Paulo Elgoro:
www.intsol.de/paulo

Rote Hilfe e.V.:

www.rote-hilfe.de